

Herausgegeben von  
György Széll und Carmen Schmidt

ISSN 1437-5117

- 22 -

*Japans Grüne Partei: Manifestation einer  
neuen Konfliktlinie oder Ad-hoc-Gründung?*

von  
Carmen Schmidt

**Zur Autorin:**

**Carmen Schmidt**

ist apl. Professorin für Politische Soziologie und Sprecherin der Forschungsstelle Japan der Universität Osnabrück

Email: [carmschm@uos.de](mailto:carmschm@uos.de)

---

## **Inhalt**

<b>1. Einleitung</b>	5
<b>2. Entstehungsbedingungen und Charakteristika grüner Parteien</b>	6
2.1 Kulturelle und gesellschaftliche Vorbedingungen	6
2.2 Organisationsstruktur und Wählerschaft	8
2.3 Politische Chancenstrukturen und alternative Öffentlichkeit	10
2.4 Beurteilung grüner Wahlerfolge	11
<b>3. Kulturelle und gesellschaftliche Vorbedingungen für grüne Politik in Japan</b>	12
3.1 Fukushima, Bürgerprotest und die Gründung der Grünen	12
3.2 Die „Freiwilligen-Revolution“, politische Reformen und der Aufbruch von Japans Frauen in die Politik	15
<b>4. Die Entstehung der Partei</b>	19
4.1 Formierung und Vorgängerparteien	19
4.2 Konkurrenzgruppierungen	24
<b>5. Programmatik, Sozialstruktur und Karrierehintergrund</b>	26
5.1 Allgemeine Programmatik	26
5.2 Themen der Mitglieder	28
5.3 Sozialstruktur und Karrierehintergrund der Funktionsträger	30
5.4 Sozialstruktur und Karrierehintergrund der Lokalparlamentarier	33
<b>6. Politische Rahmenbedingungen für die Etablierung der Grünen</b>	36
6.1 Das Auftauen des Parteiensystems und die wachsende Politikverdrossenheit	36
6.2 Wahlrecht und wahltechnische Besonderheiten	41
6.3 Die Rolle der kritischen Öffentlichkeit	44
<b>7 Die japanischen Grünen: Ad-hoc-Gründung oder neue Konfliktlinie?</b>	46

**Abstract**

Bis zur Atomkatastrophe von Fukushima wurde Atomkraft in Japan nie ernsthaft in Frage gestellt. Mit den Explosionen der Reaktoren rückten die Risiken der Atomkraft jedoch schlagartig in das Bewusstsein der Bevölkerung. Zunehmend organisiert sich Protest gegen die unentschlossene Atompolitik der Regierung. Im Juli 2012 gründete sich schließlich Japans Grüne Partei, um einen Atomausstieg zu forcieren. Wer aber sind Japans Grüne, über welche soziale Verankerung verfügen sie und welche Perspektiven hat die Partei? Die Analyse zeigt, dass Japans Grüne thematisch und personell eine neue Konfliktlinie repräsentieren. Auch lässt ihre lokale Verankerung und die seit Jahren anhaltende Politikverdrossenheit auf ein hohes Wählerpotential schließen, womit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen Erfolg der Grünen durchaus als gegeben erscheinen. Die systemischen Bedingungen stehen einer raschen Etablierung der Partei aber entgegen.

Until the nuclear disaster in Fukushima, the use of atomic power in Japan was never seriously called into question. However, with the explosion of the reactors the Japanese people suddenly became aware of the risks of nuclear power. Increasingly anti-nuclear rallies were launched to protest the government's nuclear policy. In midst of the protests, anti-nuclear campaigners and local politicians launched the Japanese Green Party in July 2012. But who are the Japanese Greens? What are their topics and prospects? The analysis shows that they represent a new conflict line in terms of topics and political personnel. Their local embeddedness and growing dealignment trends among the Japanese voters could serve as a solid foundation for electoral success. Thus, the social preconditions for political success appear to be given. However, the systemic conditions for political representation are quite unfavourable and seem to hinder rapid electoral progress.

## 1. Einleitung

Alle japanischen Regierungen, die bis zum „historischen Machtwechsel“ des Jahres 2009 fast durchgehend von der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) gestellt wurden,<sup>1</sup> setzten bis zur Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 uneingeschränkt auf die Nutzung von Atomkraft. Da Japan nur über geringe eigene Energieressourcen verfügt, wurde der Kernkraft in der Energiepolitik der Regierung hohe Priorität beigemessen. Auch die von 2009-2012 regierende Demokratische Partei Japans (DPJ), eine damals relativ neue politische Kraft, die sich aus ehemaligen Abgeordneten des sozialdemokratischen und konservativen Lagers zusammensetzte, propagierte nach verschiedenen Änderungen ihrer Atompolitik schließlich einen Ausbau der Nutzung von Atomkraft.<sup>2</sup> Auch innerhalb der Bevölkerung wurde die friedliche Nutzung der Kernkraft nie ernsthaft in Frage gestellt. Gemäß einer Gallup-Umfrage, die etwa zwei Wochen nach der Atomkatastrophe von Fukushima in 47 Ländern durchgeführt wurde, war die Zahl der Befürworter von Atomkraft vor der Katastrophe unter den wichtigen Industrie- und Schwellenländern nur in China, Frankreich und Russland höher gewesen als in Japan (Gallup 2011: 3-4).

Als jedoch am 11. März 2011 das schwerste Erdbeben seit Beginn der Aufzeichnungen die Tōhoku-Region im Nordosten Japans erschütterte und eine Flutwelle von vernichtenden Ausmaßen sowie die Havarie des AKW Fukushima Daiichi auslöste, rückten mit den Explosionen der Reaktoren die Risiken der Atomkraft schlagartig in das Bewusstsein der japanischen Bevölkerung. Seither ist die Zahl derjenigen, die einen Ausstieg aus der Kernenergie wollen, stetig angestiegen. Japans politische Parteien sind indes über die künftige Atompolitik zutiefst gespalten und haben seit der Katastrophe massiv an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Der seit Jahren anhaltende Trend zur Politikverdrossenheit, der auch durch den Machtwechsel des Jahres 2009 nicht gestoppt werden konnte, sondern sich vielmehr durch die Katastrophe eher noch beschleunigte, manifestiert sich zunehmend in neuen Formen der politischen Partizipation wie Demonstrationen, lokalen Aktionsbündnissen und Unterschriftenaktionen für die Abhaltung von Referen-

---

<sup>1</sup> Die LDP stellte seit der Formierung des japanischen Parteiensystems im Jahre 1955 durchgehend die Regierung, sieht man einmal ab von einem kurzfristigen Machtverlust im Jahre 1993. Im Anschluss daran war die LDP zwar zu wechselnden Koalitionen gezwungen, stellte aber ab 1996 wieder durchgehend den Ministerpräsidenten.

<sup>2</sup> So sollte der Anteil des Atomstroms bis zum Jahr 2030 von 30% auf über 50% steigen, weshalb 14 neue Atomkraftwerke geplant waren. Überdies wurde im DPJ-Wahlmanifest 2010 das Ziel der Steigerung des Exports von Nukleartechnologie festgeschrieben. Vgl. DPJ 2010: S. 6.

den gegen Atomkraft. Die Bewegung erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt am 29. Juli 2012, als etwa 200.000 Menschen in Tôkyô für eine sofortige Stilllegung aller japanischen Atomkraftwerke demonstrierten.

Inmitten dieser Proteste formierte sich am 28. Juli 2012 Japans Grüne Partei (*Midori no tō*), um „mit Frauenpower die Atomlobby zu zerschlagen“ (Awano 2012). Die Partei trat bei den Oberhauswahlen im Sommer 2013 mit eigenen Kandidaten an, um einen Atomausstieg in Japan zu forcieren. Wer aber sind Japans Grüne, über welche soziale Verankerung verfügen sie und welche Perspektiven hat die Partei?

Das Erkenntnisinteresse gilt hierbei der Frage, ob die Partei tatsächlich als Manifestation einer neuen kulturellen Konfliktlinie im Sinne von Ingelhart (z.B. 1990), Hildebrandt/Dalton (1977) u.a. zu begreifen ist oder ob es sich lediglich um eine durch die Atomkatastrophe von Fukushima ausgelöste Ad-hoc-Gründung handelt.

Da zur japanischen Grünen Partei bislang weder japanisch- noch westlichsprachige wissenschaftliche Arbeiten vorliegen, stützt sich die vorliegende Studie auf die Erkenntnisse der vergleichenden Forschung zu grünen Parteien in Deutschland und Europa, die in einem ersten Kapitel zusammengefasst werden. Anschließend werden die Vorbedingungen der Gründung analysiert – die Atomkatastrophe von Fukushima und der daraus entstandene Bürgerprotest einerseits, sowie das Anwachsen der Zivilgesellschaft in Japan seit der Mitte der 1990er Jahre andererseits. Anschließend wird ein Überblick über die Entstehungsgeschichte der Partei sowie über Konkurrenzorganisationen gegeben, ehe die politische Programmatik sowie die sozialstrukturellen Merkmale der Mitglieder analysiert werden. Danach werden die politischen Rahmenbedingungen für die Etablierung der Grünen dargelegt. Dies erfolgt zum einen durch die Analyse der allgemeinen Trends zur politischen Partizipation, zum anderen anhand der institutionellen Rahmenbedingungen, wie dem geltenden Wahlrecht und der medialen Öffentlichkeit. Abschließend sollen die Perspektiven der Partei erörtert werden.

## **2. Entstehungsbedingungen und Charakteristika grüner Parteien**

### **2.1 Kulturelle und gesellschaftliche Vorbedingungen**

In den europäischen Staaten war die Debatte um die Atomkraft, die sich im Zuge der Ölkrise der 1970er Jahre verschärfte, der entscheidende Faktor für die Gründung grüner Parteien auf der nationalen Ebene, da viele europäische Regierungen im Zuge der Krise

sich für einen Ausbau der Nukleartechnologie aussprachen (Müller-Rommel 1994: 2). Obgleich diese Debatte die Gründung grüner Parteien allgemein beförderte, darf nicht übersehen werden, dass die grüne Bewegung in Westdeutschland ihre Wurzeln vor allem in den neuen sozialen Bewegungen hatte, die im Gefolge der Studentenbewegung ab den 1970er Jahren entstanden waren, wie etwa der Friedens- oder Frauenbewegung. Von Beginn an definierten sich die deutschen Grünen als parlamentarische Vertreter dieser neuen sozialen Bewegungen (Kleinert 1992: 114). Von Poguntke (1993: 2006) wurden die Grünen daher auch als „Bewegungspartei“ bezeichnet. Allerdings widersetzte sich ein Teil der Bewegung vehement diesen Institutionalisierungstendenzen, was zu einer tief greifenden Spaltung der Bewegung in die Befürworter und Gegner der Gründung einer politischen Partei führte. Auch die Frage, ob Koalitionen mit anderen Parteien eingegangen werden sollten oder nicht, führte zu starken Spannungen innerhalb der Bewegung (Brand et al. 1984: 107f).

Die neuen sozialen Bewegungen, die als Katalysator für die Gründung der Grünen fungierten, wären zwar kaum denkbar ohne die studentische Protestbewegung der 1960er Jahre, doch wurden diese in der Mehrheit von der ab Mitte der 1960er Jahre geborenen Generation mit überdurchschnittlicher Bildungsqualifikation getragen.<sup>3</sup> Diese Generation, geprägt von dem Bewusstsein, die ökologischen und ökonomischen Folgen der Vorgängergeneration tragen zu müssen, hinterfragte nunmehr den Modernisierungsprozess kritisch und forderte eine Abkehr vom grenzenlosen Wachstum. Es war die Schockwirkung der Ölkrise und die damit einhergehende Verschlechterung der ökonomischen Aussichten, die diesen Bewusstseinsprozess in Gang setzte (Brand et al. 1984: 13, 80, 196f.).<sup>4</sup> Kam eine Schell-Studie von 1979 noch zur Ansicht, systemkritische Jugendliche seien lediglich eine Minderheit innerhalb der jüngeren Generation, so setzte sich bereits zwei Jahre später die Erkenntnis durch, dass viele, wenn nicht gar die Mehrheit der Jugendlichen, eine kritische, protestbereite Haltung einnehme (Brand et al. 1984: 199). Mit dem Eintritt dieser Generation in das Elektorat zu Anfang der 1980er

---

<sup>3</sup> Diese Generation wird auch „Generation X“ genannt, eine Bezeichnung, die auf den gleichnamigen Episodenroman von Douglas Coupland aus dem Jahr 1991 zurückgeht, der die Wertekultur der damaligen Jugendgeneration, in Abgrenzung gegen die vorherige Wohlstandsgeneration beschreibt. Der Roman mit dem Titel „Generation X: Geschichten für eine immer schneller werdende Kultur“ handelt von drei Universitätsabsolventen, die ihren Lebensunterhalt mit schlecht bezahlten Jobs bestreiten, für die sie völlig überqualifiziert sind und in ihrer Selbstwahrnehmung eine Art „Armut-Jet-Set“ darstellen.

<sup>4</sup> Der Bewusstseinsprozess verlief somit vom „Sein zum Bewusstsein“ und nicht umgekehrt, wie von Beck (1986) behauptet. Erst vor dem Hintergrund der Ölkrise gewannen die vom Club of Rome 1972 aufgezeigten „Grenzen des Wachstums“ ihre politische Bedeutung. Vgl. Brand/ Büsser/ Rucht 1984: 80.

Jahre verbreiterte sich die Wählerschaft der Grünen beträchtlich, deren Anteil im Parlament seither stetig zunahm. Auch nach Bürklin (1984: 201, 82) ist die Wahlbereitschaft der Grünen auf sinkende Zukunftserwartungen der „dritten Generation“ (geb. ab 1966) zurückzuführen. Die festgestellten Bildungseffekte der Wahlbereitschaft werden daher als abgeleiteter Effekt der ökonomischen Deprivation ihrer Träger interpretiert.

Diese kritische Hinterfragung des technisch-ökonomischen Fortschrittsglaubens wurde auch mit einem Wandel von materiellen zu postmateriellen Werten begründet. So argumentierte Inglehart (z.B. 1977), dass sich ab den 1970er Jahren insbesondere unter den Jüngeren und besser Gebildeten ein fundamentaler Wandel der Wertepreferenzen vollziehe, der sich auf das politische Verhalten des Einzelnen und das politische System insgesamt auswirke. Die Voraussetzungen dieses Wandels lagen demgemäß primär in der ökonomischen Entwicklung, die zu ökonomischer Sicherheit für die Masse der Bevölkerung führte, sowie in der sozialen Sicherung des Einzelnen durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Der von Inglehart u.a. prognostizierte Wertewandel sollte somit einerseits zu verstärkten Präferenzen der Wähler für eine „neue“ postmaterialistische (grüne) Politik führen, andererseits zu einem graduellen Absinken von traditionellen Parteiloyalitäten, da Jungwähler mit postmaterialistischen Einstellungen sich von den existierenden Parteien der „alten“, materiellen Politik nicht mehr angesprochen fühlen. Damit einher geht eine Ablehnung der herkömmlichen Formen der politischen Partizipation, insbesondere der Beteiligung bei Wahlen, und stattdessen der Bevorzugung von neuen Formen der unkonventionellen Partizipation (Hildebrandt/ Dalton 1977). Die Etablierung grüner Parteien steht demzufolge in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufbrechen traditioneller *cleavage*-Strukturen, welches erst die Formierung einer neuen, kulturellen Konfliktlinie ermöglichte.

## 2.2 Organisationsstruktur und Wählerschaft

Neben ähnlichen kulturellen und gesellschaftlichen Wurzeln weisen grüne Parteien ähnliche Charakteristika im Hinblick auf Programm, Organisationsstruktur und Wählerschaft auf. Im Allgemeinen zählen zu den vier Säulen grüner Politik „soziale Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“, „Basisdemokratie“ und „Frieden und Gewaltfreiheit“. Diese vier Säulen wurden bereits im ersten Bundesprogramm der deutschen Grünen von 1980 (Saarbrücker Programm) als Grundlage grüner Politik festgeschrieben. Neben einer ökologischen Politik forderten sie gleiche Rechte für alle, insbesondere für Minderheiten, Solidarität



mit der Dritten Welt und weltweite Abrüstung. Zudem propagierten sie einen alternativen Lebensstil. Auf den ersten Blick scheinen die Grünen insbesondere im Bereich der sozialen Gerechtigkeit mit den größeren sozialdemokratischen Kräften im Parteiensystem zu konkurrieren, doch ist zu konstatieren, dass diese einen Systemwandel durch politische Reformen anstrebten, während grüne Parteien für eine Hinterfragung eines uneingeschränkten, ökonomischen Wachstums stünden (Müller-Rommel 1994: 4, 15 oder 1990).<sup>5</sup>

Grüne Parteien bevorzugten einen partizipatorischen Politikstil, wobei vor allem den lokalen Parteiorganisationen sowie der Parteibasis eine hohe Autonomie in der Entscheidungsfindung und der Wahl der Funktionsträger eingeräumt wird. Konstitutiv ist nicht nur die Ablehnung eines charismatischen Führers, sondern auch die Ablehnung jeder Form der organisatorischen Hierarchie (Brand et al. 1984: 247). Schon in der Präambel zu ihrem Bundesprogramm von 1980 heißt es: „Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie. Wir gehen davon aus, dass der Entscheidung der Basis prinzipiell Vorrang eingeräumt werden muss.“<sup>6</sup> Eine solche Art der direkten Demokratie sieht somit die ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsträger und Institutionen durch die Basis vor, um sowohl die Transparenz der Politik zu gewährleisten, als auch die Loslösung der Parteieliten von ihrer Basis zu verhindern (Raschke 1993: 488f.). Auch wurde in Deutschland ein Rotationsprinzip eingeführt, d.h. eine turnusmäßige Neubesetzung der Ämter, um Amtsmissbrauch und Politikmüdigkeit zu verhindern. In der Praxis erwies sich das System allerdings als unpraktikabel, weshalb es im Jahre 1991 wieder abgeschafft wurde (Falter/ Klein 2003: 96).

Viele grüne Abgeordnete weisen einen ähnlichen Karrierehintergrund auf. So begannen etliche Abgeordnete ihre politische Karriere in den Bürgerbewegungen und sozialen Bewegungen auf der lokalen Ebene. In den Anfängen der Partei waren grüne Kandidaten deutlich jünger als die Kollegen der anderen Parteien<sup>7</sup> und fielen durch einen unkonventionellen Kleidungsstil auf. Auch ihre Wählerschaft unterschied sich von Beginn an signifikant von der anderer Parteien. So waren diese zumeist junge, gut gebildete Groß-

---

<sup>5</sup> Allerdings haben bereits Bürklin und Dalton (1994: 284) darauf verwiesen, dass sich das programmatische Profil der grünen Partei in Deutschland im Verlaufe der Zeit verändert habe, nämlich von radikal-systemoppositionellen Politikentwürfen hin zu eher pragmatisch-reformerischen Konzepten.

<sup>6</sup> Vgl.: [http://www.boell.de/downloads/stiftung/1980\\_Bundesprogramm.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/1980_Bundesprogramm.pdf) (Aufruf am 3.4.2013).

<sup>7</sup> So waren die Kandidaten der Grünen bei der BW 1980 im Schnitt 32,9 Jahre alt, die der anderen Parteien lagen zwischen 42,1 Jahren (FDP) und 43,8 Jahren (CDU). Vgl. Bürklin 1984: 267.

städter, oftmals Studenten, mit einer postmateriellen Werteeinstellung, die sich im linken Parteienspektrum verorteten. Zudem fand sie ihre Wählerschaft eher in der Mittelschicht, vor allem den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bürklin (1984: 79) bezeichnete die Grünen daher als „Akademikerpartei“. Allerdings ist zu konstatieren, dass viele der damaligen Jungwähler ihre Parteipräferenz beibehalten haben und sich daher heute zunehmend ältere Wahlberechtigte unter ihrer Wählerschaft befinden (Klein/ Arzheimer 1997: 670f.).

### 2.3 Politische Chancenstrukturen und alternative Öffentlichkeit

Ob sich grüne Parteien in einem Parteiensystem etablieren können, steht in einer direkten Beziehung zu den Chancenstrukturen des politischen Systems. Vielfach ist darauf hingewiesen, dass systembezogene Komponenten, wie das geltende Wahlrecht, die Repräsentation von Parteien entscheidend beeinflussen (z.B. Lipset/ Rokkan 1967: 30, Nohlen 1989: 54). Dies gilt auch für die Repräsentation grüner Parteien im politischen System. Besonders vorteilhaft für die Etablierung kleiner Parteien – und damit auch grüner Parteien – ist das Verhältniswahlrecht, wobei hier die Hürde in Form einer Sperrklausel vorliegen kann. Ebenfalls fördernd wirkt sich ein System der öffentlichen Parteienfinanzierung aus, da grüne Parteien im Unterschied zu den etablierten Großparteien kaum Spenden von Einzelpersonen und Interessengruppen erhalten. Neben Mitgliedsbeiträgen stellt die öffentliche Parteienfinanzierung daher eine wichtige Finanzquelle für grüne Parteien dar (Müller-Rommel 1993: 179f.).

Neben der allgemeinen Ausgestaltung des Wahlrechts wirken sich föderative Strukturen positiv aus für die Entwicklung grüner Parteien. So ergibt sich bei föderalen Systemen wie der Bundesrepublik die Möglichkeit, über die Länderparlamente politische Forderungen in den politischen Prozess einzubringen und zwar einerseits zu Themen, die ohnehin weitgehend auf Länderebene geregelt werden können, wie etwa der Bildung, andererseits können über den Bundesrat die politischen Aushandlungsprozesse zwischen Bund und Ländern beeinflusst werden. Dies sichert gleichzeitig nationale Publizität für die eigenen Interessen (Müller-Rommel 1992: 198). Vorteilhaft ist auch, wenn sich ein Koalitionspartner anbietet der es ermöglicht, auch als kleinere Partei bei nationalen Wahlen Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Neben günstigen politischen Chancenstrukturen bedurfte es in den europäischen Staaten allerdings der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit durch Literatur und Presse, um über-

haupt als alternativer politischer Akteur wahrgenommen zu werden. Spätestens nach der diffamierenden Springer-Berichterstattung im Hinblick auf die Studentenrevolte 1967 war in Deutschland die Notwendigkeit erkannt worden, durch alternative Medien, Kleinverlage etc. eine alternative Öffentlichkeit zu schaffen. Neben alternativen Verlagen entstanden zahlreiche lokale Stadtblätter und Magazine, die vor allem als Forum für Bürgerinitiativen dienten. Die Kleinverlage, politischen Blätter sowie die alternativen literarischen Publikationen und Verlage, die in dieser Zeit entstanden, verhalfen der Alternativbewegung zur notwendigen Öffentlichkeit, ehe die etablierten Verlage diese Werke in ihr Programm aufnahmen, etwa unter der Rubrik „fischer alternativ“ (Daum 1981, 116f, Brand et al. 1984: 171). Mit Gründung und Aufbau der TAZ („die tageszeitung“) in den Jahren 1978/ 79 entstand eine bundesweite alternative Tageszeitung, die sich als Plattform und Diskussionsforum des alternativen Spektrums verstand. Damit hatte die Alternativpresse, so Brand et al. (1984: 171), als Bestandteil eines gegenkulturellen, alternativen Milieus den Charakter einer „alternativen Öffentlichkeit“ erlangt. Die jüngsten politischen Proteste in der arabischen Welt, die Mobilisierungen der „Occupy-Wallstreet-Bewegung oder die Candle-Light-Demonstrationen gegen Freihandelsabkommen in Südkorea u.ä.m. haben gezeigt, dass diese alternative Öffentlichkeit zunehmend über soziale Medien und Netzwerke wie facebook und Twitter hergestellt wird. Die politische Debatte und die politische Mobilisierung via Internet gewinnen daher zunehmend an Bedeutung.

#### 2.4 Beurteilung grüner Wahlerfolge

Zur Beurteilung grüner Wahlerfolge schlägt Müller-Rommel (1992: 32f.) in Anlehnung an die Typologie von Lipset/ Rokkan 1967 zum Wahlerfolg politischer Bewegungen und Parteien eine Typologie von drei Hürden vor, die jede Organisation überspringen muss, um sich in einem gegebenen politischen System zu etablieren:

- (1) Die Legalitätshürde, die besagt, dass die rechtlichen Voraussetzungen vorhanden sein müssen, damit grüne Parteien eigene Kandidaten überhaupt nominieren und an lokalen und nationalen Wahlen teilnehmen können.
- (2) Die Mobilisierungshürde, die übersprungen ist, wenn eine Partei über eine nationale Organisation verfügt und tatsächlich eigene Kandidaten bei Wahlen (lokalen und nationalen) nominiert hat.

(3) Die Repräsentationshürde, die besagt dass nunmehr tatsächlich eine Vertretung grüner Abgeordneter in einem nationalen Parlament erfolgt ist, d.h. sich ein Erfolg bei Wahlen eingestellt hat.

Anhand dieser Typologie können die elektorale Entwicklung nachgezeichnet und Gründungs- und Entwicklungsphasen grüner Parteien kategorisiert werden (ebd. S. 36). So lassen sich je nach Entwicklungsstand vier unterschiedliche Typen grüner Parteien unterscheiden: (1) Die Professionalisierten, die relativ schnell nach der Parteigründung die drei Hürden übersprungen haben und seither relativ stabil in den nationalen Parlamenten vertreten sind; (2) die Parlamentsneulinge, die zwar die Hürden relativ schnell übersprungen haben, sich aber in den nationalen Parlamenten noch etablieren müssen; (3) die Vorparlamentarier, die zwar die ersten beiden Hürden genommen, den Einzug in das nationale Parlament aber (noch) nicht geschafft (bzw. knapp verpasst) haben, aber z.B. bei Europawahlen erfolgreich waren und (4) die Unprofessionellen, die im Unterschied zu den Vorparlamentariern weder im nationalen noch im europäischen Parlament vertreten sind und angesichts ihrer Mobilisierungsschwäche auch auf absehbare Zeit dort nicht vertreten sein werden, bzw. sein wollen (ebd. 87f.).

### **3. Kulturelle und gesellschaftliche Vorbedingungen für grüne Politik in Japan**

#### **3.1 Fukushima, Bürgerprotest und die Gründung der Grünen**

Wie ausgeführt, war in den europäischen Staaten die Debatte um die Atomkraft, die sich im Zuge der Ölkrise der 1970er Jahre verschärfte, ein entscheidender Faktor für die Gründung grüner Parteien auf der nationalen Ebene. Auch die Gründung der japanischen Grünen im Sommer 2012 ist vor allem als Reaktion auf die Reaktorunfälle nach dem 11. März 2011 zu verstehen und muss daher vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe von Fukushima erklärt werden.

Der tief greifende Wandel der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Nutzung der Atomkraft wurde bereits angesprochen. Die wachsende Ablehnung von Atomkraft innerhalb der japanischen Bevölkerung schlug sich auch in den Politikmaßnahmen der Regierung Kan nieder, die in den Monaten nach dem 11. März 2011 drastische Maßnahmen zur Verhütung weiterer Unfälle ergriff. So wurde die Durchführung von Stresstests für alle 54 Atomreaktoren Japans in Anlehnung an die von der EU durchgeführten Tests angeordnet, wobei nach und nach alle japanischen AKWs vom Netz genommen wurden. Im Juli 2011 erklärte Ministerpräsident Kan seine Absicht zu einem Ausstieg aus der

Atomenergie in Schritten. Wenngleich diese Erklärung vom Regierungssprecher zunächst als persönliche Meinung des Ministerpräsidenten bezeichnet wurde, bekannte sich die Regierung bereits am 29. Juli zu einem schrittweisen Ausstieg als offiziellem Ziel der Demokratischen Partei, welches jedoch mit dem erzwungenen Rücktritt von MP Kan im August 2011 wieder in Frage gestellt wurde. Unter den Bewerbern für seine Nachfolge setzte sich mit Noda Yoshihiko der Kandidat durch, der sich am eindeutigsten für die Weiternutzung der Kernkraft ausgesprochen hatte (Schmidt 2012b).

Der auf Kan folgende Ministerpräsident Noda äußerte sich nicht eindeutig zur Zukunft der Kernenergie. Sprach er sich einerseits für einen (allerdings sehr langfristig angelegten) Ausstieg bis zum Jahr 2030 aus, betonte er andererseits die Wichtigkeit einer stabilen Energieversorgung für die japanische Wirtschaft und schloss selbst den Bau neuer Kernkraftwerke nicht aus.<sup>8</sup> Wie tief die DPJ in dieser Frage gespalten ist, zeigte sich auch im Sommer 2012 im Vorfeld der Wiederinbetriebnahme des vorübergehend stillgelegten Kernkraftwerks Ôi (Präf. Fukui). Gemäß der Tageszeitung *Asahi shinbun* (6.6.2012) war hierbei innerhalb der DPJ-Führung ein Meinungsspektrum von „absolut dafür“ bis „absolut dagegen“ vertreten. Am 6. Juni unterzeichneten 117 Parlamentarier der DPJ eine Petition, in der sie MP Noda aufforderten, seine Entscheidung zum Wiederanfahren des AKWs zu überdenken.<sup>9</sup>

Die Haltung der japanischen Bevölkerung in dieser Frage ist hingegen eindeutig. Seit der Katastrophe von Fukushima kam es in Japan zu zahlreichen Großkundgebungen gegen Atomkraft. Die Anti-AKW-Bewegung erreichte einen ersten Höhepunkt am 19. September 2011, als etwa 60.000 Menschen landesweit für einen sofortigen Stopp aller Atomkraftwerke demonstrierten, davon 20.000 allein in Tôkyô.<sup>10</sup> Zur Demonstration aufgerufen hatte die Aktion „Sayônara Atomkraft!“ (*Sayônara genpatsu*), die sechs Monate nach dem Desaster von Fukushima von Literaturnobelpreisträger Ôe Kenzaburo,

---

<sup>8</sup> Watanabe, Chisaki: “Noda tells Wary Japanese Nuclear Power is Needed to Save Economy“. [www.bloomberg.com/news/2011-09-04/noda-tells-japanese-atomic-power-needed-to-save-economy-as-he-takes-office.html](http://www.bloomberg.com/news/2011-09-04/noda-tells-japanese-atomic-power-needed-to-save-economy-as-he-takes-office.html) (Aufruf am 3.2.2012).

<sup>9</sup> Die Petition wurde ursächlich von Ozawa Ichirô initiiert, der angesichts der Tatsache, dass er die Partei auch ohne offizielles Amt aus dem Hintergrund beeinflusste, in Japan auch als „Schatten-Shôgun“ (*yamishôgun*) bezeichnet wird. Eine Liste der Unterzeichner findet sich unter: <http://chiko123.blog.fc2.com/blog-entry-1096.html> (Aufruf am 7.6.2012). Ozawa trat am 2. Juli 2012 schließlich mit einer Gruppe von Abgeordneten aus der Partei aus.

<sup>10</sup> Schätzungen der Veranstalter; die Polizei ging von 30.000 Teilnehmern aus.

Komponist Sakamoto Ryûichi, Wirtschaftsführer Tsuji Takashi sowie weiteren namhaften Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern gegründet worden war.

In der Folgezeit ebten die Demonstrationen ab, bis der Entschluss der japanischen Regierung zur Wiederinbetriebnahme der Reaktoren von Ôi die Proteste landesweit wieder aufleben ließ. So versammelten sich nach einem Aufruf der insgesamt dreizehn Gruppen umfassenden Plattform „Metropolitan Coalition Against Nukes“, die regelmäßige Freitagsdemonstrationen gegen Atomkraft organisiert,<sup>11</sup> nach eigenen Angaben am 22. Juni 2012 etwa 45.000 Menschen in Tôkyô, um gegen die Entscheidung der Regierung zu demonstrieren.<sup>12</sup> Die Beteiligung an den Kundgebungen nahm in den folgenden Wochen noch erheblich zu; am 16. Juli demonstrierten 170.000 Menschen im Tôkyôter Yoyogi-Park, und am 29. Juli bildeten 200.000 Menschen eine Menschenkette um das japanische Parlament.<sup>13</sup> Bis zum Sommer 2013 blieben die beiden Reaktoren von Ôi die einzigen aktiven Kernkraftwerke, allerdings steht zu erwarten, dass nach dem Inkrafttreten neuer Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke im Juli 2013, die Wiederzulassung aller stillgelegter Reaktoren von den Betreibern beantragt, und, angesichts des Wahlsieges der LDP bei den Oberhauswahlen am 21. Juli 2013, politisch wohl auch durchgesetzt wird.<sup>14</sup> Weitere Massenproteste sind daher absehbar.

Auch Gegner einer atomaren Bewaffnung, die bislang eine friedliche Nutzung der Kernenergie durchaus befürworteten, scheinen nunmehr eine klare Position dagegen zu beziehen, wie die Reden der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki an den Jahrestagen der Atombombenabwürfe belegen, in denen sie erstmals zu einem Umdenken in der Frage der Nutzung der Atomkraft aufriefen. So forderte Hiroshimas Bürgermeister Matsui Kazumi in seiner Ansprache zum Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe am 6. August 2011 nicht nur die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen, sondern

---

<sup>11</sup> Eine Liste der Organisationen findet sich unter: Metropolitan Coalition Against Nukes 2012.: <http://coalitionagainstnukes.jp/> (Aufruf am 25.6.2012).

<sup>12</sup> Vgl. Japan Times, 23.6.2012. [http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120623x1.html#.T-XM\\_VIx3h4](http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120623x1.html#.T-XM_VIx3h4) (Aufruf am 23.6.2012).

<sup>13</sup> Vgl. Asahi shinbun, 30.7.2012. [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/social\\_affairs/AJ201207300100](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/social_affairs/AJ201207300100) (Aufruf am 1.8.2012). Trotz der Proteste wurde Reaktorblock 3 des Kernkraftwerks von Ôi wurde schließlich am 2. Juli 2012 wieder in Betrieb genommen, Reaktorblock 4 am 19. Juli. Vgl.: Japan Times 3. und 12.7.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120703a2.html> (Aufruf am 10.7.2012) und [http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120712b7.html#.T\\_5z-ZG-Vc0](http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120712b7.html#.T_5z-ZG-Vc0) (Aufruf am 25.7.2012).

<sup>14</sup> Vgl. Japan Times 3.7.2013. <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/07/03/national/oi-reactors-get-ok-to-stay-on-till-september/#.UdVnTqx5dv0> (Aufruf am 4.7.2013).

auch eine Wende in der Energiepolitik und betonte, dass „die Atomkraft und die Menschheit nicht koexistieren können“.<sup>15</sup>

Auf lokaler Ebene formiert sich der Protest vor allem in jenen Kommunen, in denen die Debatte um die Wiederinbetriebnahme zur Überprüfung stillgelegter Atomkraftwerke mit zunehmender Intensität geführt wird. Bereits jetzt liegen diverse Klagen von Bürgern gegen eine Wiederinbetriebnahme vor, u.a. in den Kraftwerksstandorten Genkai und Tsuruga (Mainichi shinbun, 9. 11. 2011, 28.12. 2011). Zudem werden vielerorts Unterschriften gesammelt für die Abhaltung lokaler Referenden zur Atomkraft, die zwar für die Lokalbehörden gesetzlich nicht bindend sind, aber durchaus politische Wirkung haben.

Auch die überwiegend von Frauen getragenen lokalen Bürgernetzwerke (*Seikatsusha nettowâku*), die in der Vergangenheit beachtenswerte Wahlerfolge auf kommunaler Ebene erzielen konnten, haben zu landesweiten Protesten gegen das Wiederaufstarten der Atomkraftwerke aufgerufen (Seikatsusha nettowâku 2012). Die Netzwerke können sich auf den Japanischen Verband der Verbraucherkooperativen Coop stützen, der mit etwa 22 Millionen Mitgliedern, zumeist Frauen, die mitgliederstärkste Organisation Japans ist (Schmidt 2005b).

### 3.2 Die „Freiwilligen-Revolution“, politische Reformen und der Aufbruch von Japans Frauen in die Politik

Ogleich die Debatte um die Atomkraft die Gründung grüner Parteien allgemein beförderte, hatte die grüne Bewegung in Westdeutschland, wie ausgeführt, ihre Wurzeln in den neuen sozialen Bewegungen, wie etwa die Umwelt-, Friedens- oder Frauenbewegung.

In Japan traten zivilgesellschaftliche Akteure ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf. Zu nennen sind hier vor allem die Bewegung gegen den Vietnamkrieg (*Beiheiren*), die Bewegung gegen den Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag (*anpo tôsô*), die Bewegung für ein Verbot von Atomwaffen (*gensui kinshi undô*), die Protestbewegung gegen den Bau des Flughafens von Narita sowie eine Umweltbewegung (*kôgai taisaku undô*), die durch Umweltskandale wie in Minamata ausgelöst wurde.<sup>16</sup> Alles in allem

---

<sup>15</sup> Zitiert nach Kujath 2012.

<sup>16</sup> Bereits Ende der 1950er Jahre war bekannt geworden, dass quecksilberhaltige Abwässer eines Chemiewerks in Minamata (Präfektur Kumamoto) und eines Werks in Niigata (Präfektur Niigata) schwere Erkrankungen verursacht hatten. In Fuchû (Präfektur Toyama) traten Fälle von Cadmiumvergiftung auf

wird der Einfluss der zivilgesellschaftlichen Akteure in Japan allerdings als eher gering eingeschätzt. Im Unterschied zu Deutschland besaßen die sozialen Bewegungen in Japan zumeist einen Einzelfall-Charakter oder konzentrierten sich auf die lokale Ebene, weshalb sie nur in den seltensten Fällen nationale Relevanz erlangten und keine nationale Vernetzung stattfand. Im Allgemeinen fielen die Bewegungen in sich zusammen, wenn ihr Daseinsgrund entfiel. Überdies wurden „grüne“ Themen wie der Umweltschutz auch von den etablierten Parteien aufgegriffen (Derichs 2003: 216ff., Derichs/ Osiander 1998, Lam 1999).<sup>17</sup>

Eine breite Zivilgesellschaft entstand erst ab Mitte der 1990er Jahre durch die „Freiwilligenrevolution“ nach dem schweren Erdbeben in Kôbe und die Verabschiedung des NPO-Gesetzes sowie einer umfassenden Dezentralisierungsreform Ende der 1990er Jahre, durch die sich die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement deutlich verbesserten.

Das schwere Erdbeben, welches im Januar 1995 die Großstadt Kôbe im Westen Japans traf, löste eine Welle der Hilfsbereitschaft unter der Bevölkerung aus, die im allgemeinen als „Freiwilligen-Revolution“ bezeichnet wird (Kamimura 2001: 4). Während lokale Behörden und Politiker völlig versagten, leisteten die auf freiwilliger Basis organisierten spontanen Maßnahmen und Einsätze effektive Hilfe. Diese Mobilisierung mündete in ein neues Bürgerbewusstsein und wird als Schritt zur Emanzipation des passiven Bürgers von staatlicher Bevormundung betrachtet (Yamamoto 2009). In der Folgezeit kam es zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der in freiwilligen Organisationen und Gruppen engagierten Bürger, unter denen insbesondere der hohe Anteil an Frauen auffällig war (Schmidt/ Folyanti 2006: 388).

Unter dem Druck der „Freiwilligenrevolution“ wurde im Jahr 1998 das NPO-Gesetz verabschiedet, welches die Gründung von NPOs erheblich erleichterte.<sup>18</sup> Mussten Orga-

---

(„itai-itai“-Krankheit; etwa: „Krankheit mit starken Schmerzen“), und in der Stadt Yokkaichi (Präfektur Mie), einem Zentrum der petrochemischen Industrie, erkrankten seit 1960 viele Menschen an chronischem Asthma oder Bronchitis. Diese Umweltskandale hatten zu Protesten mit Unterstützung der progressiven Parteien SPJ und KPJ geführt.

<sup>17</sup> Dies manifestiert sich beispielsweise in der Verabschiedung des damals wohl weltweit fortschrittlichsten Gesetzeswerkes zum Umweltschutz zu Ende der 1960er Jahre durch die damals regierende LDP mit der Intention, den Protest zu entkräften und neue Wählerschichten zu gewinnen.

<sup>18</sup> Im Unterschied zu den meisten Gesetzen in Japan, die von der Ministerialbürokratie ausgearbeitet werden, wurde das Gesetz von einem Abgeordneten der damals oppositionellen DPJ in das Unterhaus eingebracht, wobei sich mehr als 3.000 NPOs und Bürgergruppen aus ganz Japan an der Ausformulierung des Gesetzes beteiligten – ein Novum in der Geschichte Japans (Schmidt 2009b: Kap. 4).



nisationen vor der Verabschiedung des Gesetzes über nicht näher definierte „ausreichende Finanzmittel“ verfügen und für Aktivitäten aller Art die Zustimmung der jeweils zuständigen Behörde einholen, fallen sie seither nicht mehr unter die Jurisdiktion der Behörden und müssen automatisch anerkannt werden, wenn sie die festgesetzten Kriterien wie etwa Gemeinnützigkeit erfüllen (Schmidt 2009b: 62). Die Zahl an NPOs stieg nach der Verabschiedung des Gesetzes im Zeitraum zwischen 1999 und 2007 von weniger als 2.000 auf etwa 33.000 an, wobei die meisten von ihnen im Großraum Tôkyô registriert waren (Schmidt 2009a: 21). Mit dem starken Anwachsen der NPOs entstanden vielfältige Partizipationsmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement, weshalb die Verabschiedung des Gesetzes als wichtige Wegmarke für die Entwicklung von Japans Zivilgesellschaft betrachtet werden kann. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass neben dem Druck aus der Bevölkerung auch der Wille der Regierung zu einem fortschreitenden Abbau von staatlichen Wohlfahrtsleistungen ein Grund für die Etablierung des Non-Profit-Sektors gewesen sein dürfte.

Ergänzt wurde das NPO-Gesetz durch die im Jahr 2000 in Kraft gesetzte Dezentralisierungsreform, die unter ähnlichen Handlungszwängen entstand. Unterlagen vor der Reform Bürgermeister und Gouverneure der Weisungspflicht durch die zuständigen nationalen Behörden, schrieb die Reform ein gleichberechtigtes, kooperatives Verhältnis zwischen Zentralstaat und Gebietskörperschaften an Stelle des bisherigen einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses fest und gestand den Gebietskörperschaften Autonomie in Selbstverwaltungsaufgaben zu. Seither obliegt es den Gebietskörperschaften, Verwaltungsaufgaben in bürgernahen Bereichen soweit als möglich selbst zu übernehmen, während der Zentralstaat diese nur noch in Bereichen von nationalem Interesse wahrnimmt. In besonderem Maße gilt dies für Politikfelder wie die kommunale Umweltpolitik und die Bereitstellung sozialer Dienste, aber auch für Stadtplanung und Stadtsanierung (Asahi shinbun sha 2000: 198, Matsushita 2002: 12).

Die Dezentralisierungsreform ermöglichte nicht nur eine zunehmende Partizipation der Bürger auf der lokalen Ebene, sondern begünstigte auch die Formierung neuer lokaler Parteien und Bündnisse, wie die Liste der Regenbogen-Grünen oder die Bürgernetzwerke, welche von Verbraucherkooperativen (*Seikyô*), Bürgergruppen und NPOs getragen wurden (Tsubogô 2003, Yoshino/ Imamura 2001).<sup>19</sup> Der auffallend hohe Anteil an

---

<sup>19</sup> Anhand des Beispiels von Uehara Hiroko, der ehemaligen Bürgermeisterin der Stadt Kunitachi im Westen von Tôkyô, lässt sich die enge Verzahnung der Bürgernetzwerke mit den Grünen verdeutlichen. Im Jahr 1989 war Uehara Vorsitzende der Bürgernetzwerke von Tôkyô, ehe sie 1991 als Stadtverordnete in das

weiblichen Kandidaten in diesen lokalen Netzwerkparteien wurde auch als „Aufbruch der Frauen in die Politik“ bezeichnet (Yoshino/ Imamura 2001). Die verstärkte Partizipation von Frauen am politischen Prozess entspricht einer neuen Werteorientierung und den Veränderungen im Geschlechterrollenverständnis japanischer Frauen. Indikatoren für diesen Wertewandel sind ein zunehmendes Heiratsalter und eine erheblich gesunkene Geburtenrate sowie eine zunehmende Partizipation der Frauen am Erwerbsleben und der Lokalpolitik. (Schmidt 2005a: 78).

Wie ausgeführt, lagen die Ursachen für den mit dem Wertewandel einhergehenden politischen Bewusstwerdungsprozess in Deutschland ursächlich in den sich verschlechternden ökonomischen Rahmenbedingungen für die „dritte Generation“ begründet, die nunmehr den Modernisierungsprozess kritisch hinterfragte und sich zunehmend in den neuen sozialen Bewegungen engagierte. Auch wenn in Japan mit den Ölkrisen die Zeit des raschen Wirtschaftswachstums endete, konnte die japanische Wirtschaft die Krisen allerdings zunächst besser überstehen, als die meisten westlichen Länder. Die Erfolge der japanischen Wirtschaftspolitik lagen u.a. in einer nur geringfügig angestiegenen Arbeitslosenrate, einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie in einer Senkung der Inflationsrate (Seifert 1997, S. 17). Allerdings waren diese Erfolge schuldenfinanziert. Insbesondere die Regierung Nakasone (1982-87) strebte danach, mit Investitionen die Binnennachfrage zu steigern. Diese Politik verursachte ein Spekulationsfieber am Grundstücks- und Aktienmarkt und führte damit die sog. Seifenblasenwirtschaft herbei.<sup>20</sup> Zu Beginn der 1990er Jahre platzte die Blase. Die Folgen waren Firmenbankrotte, eine deutliche Abschwächung der Wirtschaft, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Neuverschuldung des Staates aufgrund der notwendig gewordenen Konjunkturprogramme der Regierung. Erst seither befindet sich Japan in einer lang anhaltenden Phase der wirtschaftlichen Stagnation. Waren von der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren vor allem gering gebildete Jugendliche betroffen, so verschlech-

---

Kommunalparlament von Kunitachi einzog. Bei ihrer Kandidatur zur Bürgermeisterin im Jahr 2003 wurde sie sowohl von den Bürgernetzwerken als auch von der „Grünen Konferenz“ unterstützt. Derzeit ist sie Vorsitzende des Politikinformationszentrums für Lokalabgeordnete der Regenbogen-Grünen (*Jichitai giin seisaku hôkoku sentâ niji to midori*). Vgl. Kunitachi shi senkyo kanri iinkai 2003 und <http://midorinotable.sakura.ne.jp/jouhou/kanji.html> (Aufruf am 29.9.2012).

<sup>20</sup> Gegen Ende der 80er Jahre vergaben die japanischen Banken „faule Kredite“, d.h. Kredite ohne ausreichende Sicherheiten, in astronomischer Höhe. Dies resultierte in den 90er Jahren in eine Bankenkrise mit dem Zusammenbruch mehrerer führender Kreditanstalten..

terten sich nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008<sup>21</sup> auch die Aussichten für die Hochschulabsolventen. Hier zeigte sich eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs, die mit einer zunehmend längeren Dauer der Stellensuche einhergeht (Ito 2012: 35). In Japan war es damit nicht die „dritte Generation“, sondern die sich hier anschließende Generation, die in ihrer Sozialisationsphase sinkende Arbeitsmarktchancen und die „Herauslösung“ aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge sowie der Verlust von traditionellen Sicherheiten erlebte.<sup>22</sup> Bewusstwerdungsprozesse im Sinne einer reflexiven Betrachtung der Moderne sollten sich daher erst allmählich in der Bevölkerung durchsetzen und sich vor allem unter den jüngsten Wählergenerationen bemerkbar machen.

#### 4. Die Entstehung der Partei:

##### 4.1 Formierung und Vorgängerparteien

Japans Grüne hatten verschiedene relativ unbedeutende Vorläuferparteien, angefangen mit der linksgerichteten Organisation „Das Volk: Politische Bewegung für lokale Selbstverwaltung, Solidarität und Ökologie“ (*Jichi rentai ekorojî seiji gurûpu sôsei*), von der die Zeitschrift *Glocal* herausgegeben wird. Die Gruppe war 1996 von Mitgliedern der kleinen, 1967 aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Kommunistischen Arbeiterpartei (*Kyôsan shugi rôdôsha tô*) ins Leben gerufen worden.<sup>23</sup> Im Jahr 1998 entstanden in Anlehnung an diese Organisation die „Regenbogen-Grünen“ (*Niji to midori*, gegr. 1998) als Zusammenschluss von lokalen Parlamentariern mit linkem und globalisierungskritischem Hintergrund. Die Liste der Regenbogen-Grünen umfasste etwa 250

---

<sup>21</sup> Infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ging das reale BIP 2008 um 2,1 Prozent und 2009 sogar um 5,2 Prozent zurück. Dies war der stärkste Rückgang der Wirtschaftsleistung unter den G7-Staaten. Die Exporte sanken im Jahr 2009 real um 24% gegenüber dem Vorjahr. Vgl. Auswärtiges Amt 2013.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu bes. Alemann/ Spier, 2009, S. 43.

<sup>23</sup> Die Partei hatte auf ihrem 17. Parteitag die Umbenennung in „Das Volk“ beschlossen. Vgl.: <http://www2s.biglobe.ne.jp/~mmr/glocal/what's/fl.htm> (Aufruf am 25.9.2009). Die Gruppe löste sich im Zuge der Gründung der Grünen auf. Der Auflösungsbeschluss wurde veröffentlicht in *Glocal* 774 (10.9.2012). Vgl.: <http://www2s.biglobe.ne.jp/~mmr/glocal/2012/774/siminha.html> (Aufruf am 25.9.2012). Ein Überblick über die Entwicklung der Bewegung findet sich in Honba 2012. Der ehemalige Vorsitzende der Organisation, Miyabe Akira, ist nunmehr im nationalen Ausschuss der Grünen vertreten.

Mitglieder und 120 Lokalpolitiker (Watanabe 2007). Die Partei, die im Jahr 2005 die erste Internationale Konferenz der Asia-Pacific Greens organisierte, war stark lokal ausgerichtet und propagierte eine „Reform der Politik von der lokalen Ebene aus“.<sup>24</sup>

Eine weitere Vorgängerorganisation, die „Grüne Konferenz“ (*Midori no kaigi*, gegr. 2002), war von Nakamura Atsuo, einem ehemaligen Mitglied der kleinen, konservativen, zugunsten der Gründung der DPJ im Jahre 1998 aufgelösten Sakigake-Partei im Jahr 2002 ins Leben gerufen worden. Im Unterschied zu den meisten seiner Parteikollegen entstammte er nicht der LDP, sondern war 1998 als Unabhängiger mit Unterstützung der Sakigake und der kleinen, aus der Friedensbewegung hervorgegangenen „Partei der Bürger“ (*Shimin no tō*) zum ersten Mal ins Oberhaus gewählt worden.<sup>25</sup> Trotz seiner relativen Bekanntheit als Schauspieler und der Unterstützung der Regenbogen-Grünen verlor er seinen Sitz bei der Unterhauswahl im Jahr 2004, womit die Partei auf nationaler Ebene bedeutungslos wurde.<sup>26</sup> Im Jahr 2005 gründete sich die Gruppe „Grüner Tisch“ (*Midori no tēburu*), um einen politischen Neuanfang auf nationaler Ebene zu wagen. Im Juli 2007 wurde mit Kawada Ryūhei, einem Aktivisten, der sich für die Opfer des HIV-Bluterskandals einsetzte,<sup>27</sup> mit Unterstützung der Regenbogen-Grünen erneut ein „grüner“ Kandidat ins Oberhaus gewählt, der aber im Dezember 2009 der „Partei für Alle“ (*Minna no tō*) beitrug.<sup>28</sup>

Die Regenbogen-Grünen und der „Grüne Tisch“ schlossen sich am 22. November 2008 schließlich zur Partei „Grüne Zukunft“ (*Midori no mirai*) zusammen, der direkten Vorläuferorganisation der heutigen Grünen Partei Japans. Gemäß ihrem Programm trat die Partei ein für „grüne politische Ideale“, wie ökologische Einsicht oder Nachhaltigkeit. Sie

---

<sup>24</sup> Art. 3 des Parteistatuts; nachzulesen unter: <http://www.nijitomidori.org/katudo.html>

<sup>25</sup> Bereits 1995 hatte er erfolglos als Kandidat der Sakigake mit Unterstützung der Bürgernetzwerke (*Seikatsusha nettowāku*) kandidiert.

<sup>26</sup> Insgesamt erhielten die 10 Kandidaten der Partei 1,62% der Stimmen und lagen damit unter der Sperrklausel von 2%. Vg. Watanabe 2007.

<sup>27</sup> Im Jahr 1996 wurde bekannt, dass das japanische Gesundheitsministerium es in den 1980er Jahren wissentlich versäumt hatte, HIV-infizierte Blutkonserven aus dem Verkehr zu ziehen. Der damalige Sakigake-Gesundheitsminister und spätere MP Kan Naoto deckte den Skandal auf und entschuldigte sich öffentlich bei den Opfern.

<sup>28</sup> Vgl. Kawada Ryūhei, Homepage: <http://ryuheikawada.jp/profile/profile.html> und Midori no mirai, Kunitachi 2007: „Kawada Ryūhei san ga saninsen ni“ [Kawada Ryūhei tritt bei den Oberhauswahlen an]. <http://kunitachi.dreamlog.jp/archives/50945224.html> (Aufruf am 20.9.2012).

setzten sich ausdrücklich ein für die Zusammenarbeit mit NPOs,<sup>29</sup> Bürgergruppen und Bürgerbewegungen. Die Partei war Mitglied der „Global Greens“.<sup>30</sup> In ihrem Programm betonte sie, dass der alte Gegensatz zwischen rechts („konservativ“) und links („progressiv“)<sup>31</sup> kontraproduktiv sei, und forderte eine „in die Zukunft weisende Politik“.<sup>32</sup>

Die Vorgängerparteien der Grünen in Japan haben damit ähnliche Wurzeln wie die Grünen in der alten Bundesrepublik. Auch in Japan lassen sich die organisatorischen Anfänge der Grünen auf die Parteien der „neuen Linken“ zurückführen, wobei diese Vorgängergruppen ebenso wie in Deutschland jedoch keinen nennenswerten gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen vermochten. Erst mit der Formierung der lokal ausgerichteten Regenbogen-Grünen gegen Ende der 1990er Jahre gelang die Schaffung einer breiteren politischen Basis. Dies ist ebenfalls eine Parallele zu Westdeutschland, wo bis in die 1980er Jahre hinein regionale Strömungen die Entwicklung zu einer Bundespartei geprägt haben (Müller-Rommel 1993: 54).

Im Februar 2012 erfolgte auf einem Parteitag der Beschluss, im Juli 2012 die Grüne Partei Japans zu gründen, um bei nationalen Wahlen mit eigenen Kandidaten anzutreten. Die neue Grüne Partei wurde schließlich im Beisein der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen u.a. internationalen Gästen am 28. Juli 2012 in Tôkyô gegründet.<sup>33</sup> Die Umbenennung der Gruppe „Grüne Zukunft“ in „Die Grünen“ besaß eher symbolhaften Charakter, um die Partei einerseits in die internationale grüne Bewegung zu integrieren und andererseits die Absicht zu verdeutlichen, nunmehr auch auf nationaler Ebene an politischem Einfluss gewinnen zu wollen. Die Parteizentrale befindet sich im Tôkyôter Alternativviertel Kôenji.<sup>34</sup>

---

<sup>29</sup> In Japan werden lokal aktive Gruppen zumeist als „NPOs“ (Non-Profit Organizations) und nicht als „NGOs“ (Non-Governmental Organizations), bezeichnet wie zumeist im Westen üblich.

<sup>30</sup> Vgl. Greens Japan 2012: „About Greens Japan“. <http://site.greens.gr.jp/article/38256982.html> (Aufruf am 10.9.2012).

<sup>31</sup> In Japan werden hierbei als Äquivalente zu „links“ und „rechts“ die ideologischen Positionen „progressiv“ und „konservativ“ abgefragt, wobei die LDP als „konservativ“, SDPJ und KPJ als „progressiv“ eingestuft werden.

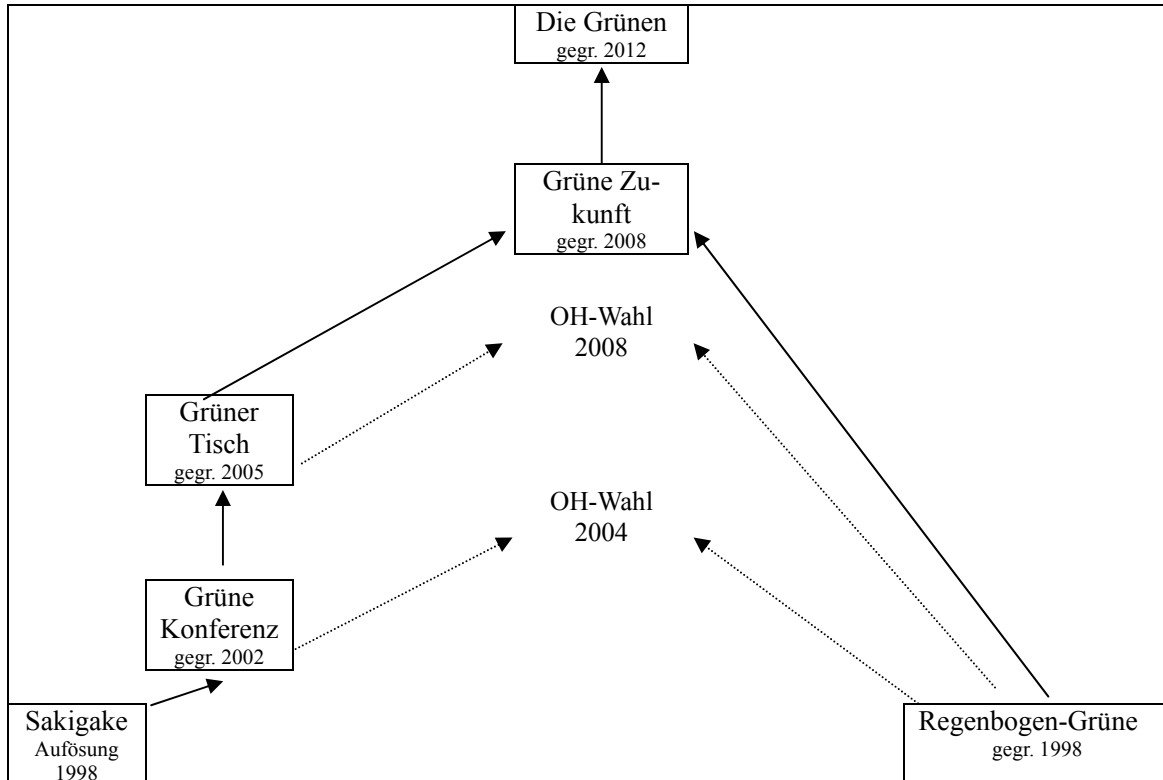
<sup>32</sup> Midori no mirai 2008: „Mindori no mirai ni tsuite“ [Über Midori no Mirai]. <http://site.greens.gr.jp/article/38256858.html> (Aufruf am 12.9.2012). Eine solche Position wurde bereits Ende der 1970er Jahre in Westdeutschland innerhalb der GAZ (Grüne Aktion Zukunft) vertreten.

<sup>33</sup> Am Gründungsparteitag nahmen etwa 300 Mitglieder teil. Vgl.: Midori no tô, 2012: 1.

<sup>34</sup> Zur alternativen Szene und Bürgerprotest in Kôenji vgl. Joachim 2012.

Als hauptsächliche Politikziele wurden ein Ausstieg aus der Kernkraft und die Förderung erneuerbarer Energien genannt sowie die Opposition gegen das Transpazifische wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (TPP) und eine gerechtere Steuerpolitik.<sup>35</sup>

### Schaubild 1: Überblick über die den Formierungsprozess der Grünen



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Zum gemeinsamen Vorstand (*kyōdō daihyō*) gewählt wurde von der Generalversammlung (*sōkai*), die sich aus allen Mitgliedern zusammensetzt und etwa der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen oder dem Bundesparteitag anderer Parteien entspricht,<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Vgl. Asahi shinbun, 12.2.2012. <http://www.asahi.com/politics/update/0211/TKY201202110368.html> (Aufruf am 15.7.2012).

<sup>36</sup> Gemäß Art. 13 des Parteistatuts ist die Generalversammlung das oberste beschlussfassende Gremium der Partei. Neben den Parteimitgliedern, die stimmberechtigt sind, gibt es die Unterstützer der Partei (*sāpôtā*), die hier nicht vertreten sind. Die Einteilung richtet sich nach der Höhe des Mitgliedsbeitrages und den persönlichen Verpflichtungen. Das Statut ist nachzulesen unter: <http://greens.gr.jp/about/kiyak/>.

eine gleichberechtigte Doppelspitze aus je zwei Männern und zwei Frauen. Gewählt wurde zudem ein nationaler Ausschuss (*senkoku kyôgikai*) aus 34 Mitgliedern, der gemäß der Satzung geschlechterparitätisch besetzt wurde.<sup>37</sup> Ähnlich wie andere grüne Parteien verfügen Japans Grüne somit über basisdemokratische Parteistrukturen, wobei den Mitgliedern weitgehende Mitspracherechte bei Entscheidungen zukommen.<sup>38</sup>

Im Unterschied zu ihrer Vorgängerpartei, die vor allem lokal verankert war, tritt die Grüne Partei Japans nunmehr explizit ein für die Aufstellung von eigenen Kandidaten bei nationalen Wahlen (Art. 3/1 der Satzung). Anvisiert wurde die Aufstellung von etwa zehn Kandidaten bei den Oberhauswahlen 2013. Im Falle von vorgezogenen Neuwahlen des Unterhauses noch im Verlaufe des Jahres 2012 hatte die Partei die Aufstellung von vier Kandidaten im Tôkyôter Verhältniswahlkreis angekündigt (Midori no tô 2012: 3). Zur Finanzierung der anstehenden Wahlkämpfe startete die Partei die „100-Millionen-Yen“-Kampagne, deren Ziel es war, durch Kleinspenden ab 1000 Yen pro Person insgesamt 100 Millionen Yen einzunehmen.<sup>39</sup> Die Notwendigkeit dieser Kampagne ergab sich durch die Tatsache, dass für jeden aufgestellten Kandidaten etwa sechs Millionen Yen Kautions hinterlegt werden müssen (siehe Kap. 6.2).<sup>40</sup> Zwischen April und September 2012 nahm die Partei mit 11.603.186 Yen etwa ein Zehntel der anvisierten Spendensumme ein.<sup>41</sup> Bei den schließlich ausgeschriebenen vorgezogenen Unterhauswahlen im Dezember 2012 musste die Partei sich daher auf die Unterstützung von 20 Kandidaten anderer Parteien beschränken, die explizit einen Ausstieg aus der Kernenergie forderten.<sup>42</sup> Zur Oberhauswahl 2013 stellte die Partei die anvisierten zehn Kandidaten auf, sieben Frauen und drei Männer, darunter zwei Personen, die aufgrund

---

<sup>37</sup> Die Auflistung der Mitglieder findet sich unter: <http://greens.gr.jp/member/mem-cat/kyogi-iin/> (Aufruf am 1.9.2012).

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Müller-Rommel 1994: 3.

<sup>39</sup> 1000 Yen entsprechen derzeit etwa 9 Euro (Stand: 28.12.2012).

<sup>40</sup> Der Spendenaufruf findet sich unter: [http://midorinotable.sakura.ne.jp/pdf/1okuen\\_tirasi.pdf](http://midorinotable.sakura.ne.jp/pdf/1okuen_tirasi.pdf) (Aufruf am 1.9.2012).

<sup>41</sup> Midori no tô 2012: „Ibento hôkoku“ (Informationen zu den Events): <http://greens.gr.jp/event/campaign/> (Aufruf am 1.9.2012).

<sup>42</sup> Die Mehrheit dieser Kandidaten (13) trat für die neu gegründete Zukunftspartei an (s.u), drei für die SDPJ, die übrigen entstammten Kleinstparteien oder waren unabhängig. Vgl.: Midori no tô 2012: „Midori no tô oyobi, Midori no tô to rentai suru chiiki sôshiki no suisen, shiji kôhosha“ (Die Kandidatenempfehlungen der Grünen Partei und der ihr angeschlossenen Regionalorganisationen). <http://greens.gr.jp/senkyo/4275/> (Aufruf am 5.12.2012).

des Atomunfalls von Fukushima aus ihren Wohnorten evakuiert worden waren.<sup>43</sup> Neun der Kandidaten wurden in den Verhältniswahlkreisen aufgestellt, darunter drei im Verhältniswahlkreis Tōkyō.<sup>44</sup> Damit war die Mindestanforderung zur Teilnahme an der Oberhauswahl erfüllt worden.<sup>45</sup>

## 4.2 Konkurrenzgruppierungen

Ähnlich wie in Deutschland, wo die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 ein breites Umdenken innerhalb der Bevölkerung bewirkt und zu einer „Phase des grünen Aufbruchs“ mit steigenden Stimmenanteilen für die Grünen geführt hatte (Klein/ Arzheimer 1997: 657), bewirkte die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan somit ein Umdenken in der Bevölkerung und führte unmittelbar zur Gründung der Grünen Partei. Gelingt es den Grünen, das breite Spektrum an Atomkraftkritikern hinter sich zu vereinigen, dürften sich der Partei gute Chancen bei kommenden Wahlen eröffnen, zumal die großen Parteien DPJ und LDP in dieser Frage tief gespalten sind bzw. tendenziell die Weiternutzung von Atomkraft propagieren.

Indes formierte sich in im Vorfeld der vorgezogenen Unterhauswahl 2012 mit der Gründung der Zukunftspartei Japans (*Nippon mirai no tō*) auf Initiative der Gouverneurin der Präfektur Shiga eine Partei, die explizit den Ausstieg aus der Atomkraft forderte. Die Partei nahm mit eigenen Kandidaten an den Unterhauswahlen teil und hatte mit zumeist aus der DPJ übergetretenen Abgeordneten im Unterschied zu den Grünen bereits im Vorfeld der Wahlen die Mindestanforderung für die Anerkennung als Partei erfüllt (vgl. Kap. 6.2). Allerdings verlor die Partei stark an Glaubwürdigkeit durch den Beitritt des bis dahin nicht als Atomkraftgegner hervorgetretenen DPJ-Dissidenten Ozawa Ichirō und seinen Anhängern.<sup>46</sup> Bei der vorgezogenen Unterhauswahl 2012 erreichte die Partei lediglich 9 der 480 Mandate. Angesichts der Wahlniederlage verließ Ozawa am 28. Dezember 2012 mit seinen Anhängern die Partei.<sup>47</sup> Mit nur noch einer verbliebenen Abge-

---

<sup>43</sup> Kurz vor der Oberhauswahl hatte die Partei mit rund 81 Mio. Yen nicht ganz die anvisierte Summe eingenommen, trat aber dennoch mit den anvisierten 10 Kandidaten an.

<sup>44</sup> Midori no tō 2013.

<sup>45</sup> Kōshoku senkyo hō, Art. 86/3.

<sup>46</sup> Vgl. Japan Times, 28.11.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20121128a1.html> (Aufruf am 17.12.2012).

<sup>47</sup> Vgl. Asahi shinbun, 29.12.2012. [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/AJ201212290065](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ201212290065) (Aufruf am 5.1.2013).



ordneten, der früheren Sozialdemokratin Abe Tomoko, erfüllte die Gruppierung jedoch nicht mehr die Mindestanforderung als Partei.<sup>48</sup> Im Vorfeld der Oberhauswahlen trat sie daher der Partei „Grüner Wind“ (*Midori no kaze*) bei.<sup>49</sup> Diese Gruppierung hatte sich bereits im Juli 2012 gegründet, aber zugunsten der Zukunftspartei auf eine eigene Kandidaten bei der Unterhauswahl 2012 verzichtet, bestand aber als Gruppierung im Oberhaus fort. Nach dem Scheitern der Zukunftspartei traten zwei weitere Abgeordnete, darunter der ehemalige LDP-Fraktionsführer Shizuka Kamei, der Partei „Grüner Wind“ bei, womit diese mit über 5 Abgeordneten den Status einer Partei erlangte und damit in den Genuss der öffentlichen Parteienfinanzierung kam.<sup>50</sup> Die Partei, die acht Kandidaten bei der Oberhauswahl 2013 aufstellte,<sup>51</sup> deckt ähnliche Themen ab, wie die Grünen und ist gegen Mehrwertsteuererhöhungen, eine mögliche Teilnahme an der Transpazifischen strategischen wirtschaftlichen Partnerschaft und gegen Atomkraft.<sup>52</sup> Angesichts der Tatsache, dass sie bereits als Partei anerkannt ist, ist sie damit gegenüber den Grünen strategisch im Vorteil. Strukturell ähnelt sie aber den kurzlebigen Parteienneugründungen ab den 1990er Jahren (vgl. Kap. 6.2).

Auch die am 1. September 2012 von Ôsakas Bürgermeister Hashimoto gegründete Vereinigung zur Erneuerung Japans (*Nihon ishin kai*), eine rechts-populistische neue Kraft, propagierte zunächst den Atomausstieg.<sup>53</sup> Seit dem Zusammenschluss der Partei mit der neu gegründeten Partei von Tôkyôs ehemaligen Gouverneur Ishihara Shintarô, einem bekannten Verfechter der Atomkraft, kurz vor der Unterhauswahl 2012 fordert die Partei jedoch nurmehr einen Ausstieg zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft.<sup>54</sup> Der Glaubwürdigkeit der Partei in dieser Frage war es zudem abträglich,

---

<sup>48</sup> Vgl. Japan Times, 22.1.2013. <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/01/22/national/kada-steps-down-as-leader-of-nippon-mirai-takes-adviser-role/#.UdVV-ax5dv0> (Aufruf am 20.4.2013).

<sup>49</sup> Vgl. Kanagawa shinbun sha (17.5.2013). <http://news.kanaloco.jp/localnews/article/1305170027> (Aufruf am 14.7.2013).

<sup>50</sup> Vgl. Asahi shinbun, 29.12.2012. <http://www.asahi.com/politics/update/1228/TKY201212280663.html> (Aufruf am 14.7.2013).

<sup>51</sup> Darunter die Tochter des ehemaligen LDP Mitglieds, Generalsekretärs der *Kokuminshintô* und Ministers, die einer ehemaligen Feudalfürstenfamilie entstammt. Diese kandidierte als Direktwahlkandidatin im Wahlkreis Shimane, dem Stammsitz der Familie.

<sup>52</sup> <http://mikaze.jp/about/> (Aufruf am 14.7.2013).

<sup>53</sup> Vgl. Japan Times, 9.9.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120909a1.html> (Aufruf am 10.9.2012).

<sup>54</sup> Vgl. Japan Times, 18.11.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20121118a1.html> (Aufruf am 17.12.2012).

dass entgegen den vorherigen Bekundungen die Stadt Ôsaka als größter Anteilseigner der Kansai Electric Power Company (Kepco) im Sommer 2012 für die Wiederinbetriebnahme der vom Konzern betriebenen Atomreaktoren von Ôi (Präfektur Fukui) stimmte.<sup>55</sup>

## 5. Programmatik, Sozialstruktur und Karrierehintergrund

### 5.1 Allgemeine Programmatik

Gemäß Art. 2 des Statuts der Partei tritt sie – ebenso wie ihre Vorgängerorganisation – für folgende 6 Politikziele ein: (1) ökologische Weitsicht (*ekorojïkaruna chie*), (2) Soziale Gerechtigkeit (*shakaiteki kôsei/ seigi*), (3) Partizipatorische Demokratie (*sanka mins-hushugi*), (4) Gewaltfreiheit und Frieden (*hibôryoku/ heiwa*), (5) Nachhaltigkeit (*jizoku kanô*) und (6) Pluralismus (*tayôsei*). Diese Ziele lehnen sich an die sechs Prinzipien der „Global Greens“ an, wie sie in der Charta der Global Greens 2001 definiert wurden.<sup>56</sup>

In ihrer „Grünen Vision“, wie sie auf dem Gründungsparteitag formuliert wurde, werden diese Rahmenziele näher definiert, wobei insgesamt neun Themenkomplexe genannt werden:

- (1) „Ausstieg aus der Kernenergie und die Förderung erneuerbarer Energien“;
- (2) „Natur- und Umweltschutz“ durch den Erhalt der Biodiversität und die Bekämpfung des Klimawandels durch die Reduktion der Treibhausgase;
- (3) eine „menschliche Wirtschaft“, wobei eine Verringerung des Konsums sowie eine deutlich reduzierte Arbeitszeit im Mittelpunkt stehen. Zudem fordern sie in diesem Zusammenhang höhere Ausgaben für Bildung, Soziales und Landwirtschaft, den Aufbau einer lokalen Wirtschaft und die Regulierung der globalen Märkte;
- (4) „soziale Gerechtigkeit“ durch die Reduktion sozialer Ungleichheit, der Garantie eines festen Grundeinkommens und ein gerechteres Steuersystem;
- (5) die „Gleichberechtigung der Geschlechter und eine repressionsfreie, gerechte Gesellschaft“;

<sup>55</sup> Vgl. Asahi shinbun, 1.6.2012 [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201206010049](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201206010049) (Aufruf am 27.3.2013).

<sup>56</sup> Vgl. Homepage der Global Greens: <http://www.globalgreens.info/globalcharter.html#Ecological>. Im Allgemeinen zählen zu den vier Säulen grüner Politik Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Basisdemokratie und Frieden und Gewaltfreiheit. Diese vier Säulen wurden bereits im ersten Programm der deutschen Grünen von 1980 (Saarbrücker Programm) als Grundlage grüner Politik festgeschrieben. Die Global Greens haben diese vier Säulen um zwei weitere Politikziele erweitert.

- (6) das „Recht der Kinder“ auf eine Zukunft und ein verstärktes öffentliches Engagement in der Erziehung und Bildung;
- (7) eine „pluralistische, multikulturelle Gesellschaft“, die alle Sprachen und Kulturen gleichermaßen achtet. Dies beinhaltet die Anerkennung indigener Kulturen, die Anerkennung ethnischer Minoritäten, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die volle Gleichheit zwischen Männern und Frauen;
- (8) eine „partizipatorische Demokratie“, die sich nicht auf Wahlen beschränken soll. Gefordert wird die Einführung plebiszitärer Elemente, wie lokale und nationale Referenden, sowie die Kontrolle der Verwaltung durch die Bürger und
- (9) „Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen“, wobei eine Welt ohne Krieg und Gewalt, der Erhalt von Art. 9 der Japanischen Verfassung und eine Abschaffung der Atomwaffen sowie die Auflösung der amerikanischen Militärbasen in Okinawa und die Kündigung des US-Japanischen Sicherheitsabkommens gefordert werden.<sup>57</sup>

Im Hinblick auf die Revision der Verfassung, die Rolle der Sicherheitskräfte sowie die Politik gegenüber den USA und den amerikanischen Militärbasen auf Okinawa nehmen die japanischen Grünen damit Positionen ein, die traditionell von den Parteien der Linken vertreten werden. Die Revision des neunten Artikels der Japanischen Verfassung, des sogenannten Friedensartikels, in dem Japan auf Krieg als Mittel der Politik verzichtet, wird bereits seit den 1950er Jahren von konservativen Kräften in der LDP gefordert, während die linken Parteien einer solchen Verfassungsänderung stets strikt ablehnend gegenüberstanden. Auch der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag ist seit dem Abschluss des Friedensvertrages von San Francisco zwischen den politischen Lagern umstritten. Bereits zu Beginn der 1960er war es zu von SPJ (der späteren SDPJ), KPJ und dem Gewerkschaftsdachverband SÔHYÔ initiierten Massenprotesten gegen die Verlängerung des Vertrages gekommen. Ungeachtet dessen setzte die regierende LDP die Ratifizierung des Vertrages mit ihrer Parlamentsmehrheit jedoch durch. Auch wenn die Demonstrationen anschließend abebbten, blieb der Sicherheitsvertrag bis in die Gegenwart hinein politisch heftig umstritten. Auch das Problem der US-amerikanischen Militärbasen auf der süd-japanischen Inselkette Okinawa (*Okinawa kichi mondai*) ist seit langem ein politischer Streitpunkt zwischen den Parteien, da sich dort gegen den langjährigen Protest der Bevölkerung die US-amerikanischen Militärbasen in Japan konzentrieren.

---

<sup>57</sup> Vgl. Midori no tô 2012: 2.

Die Politikpositionen der Grünen entsprechen somit überwiegend denen der linken Parteien, womit die Partei als im linken Parteienspektrum verankert angesehen werden kann. Ähnlich wie andere grüne Parteien unterscheidet sie aber die fundamentale Hinterfragung der Theorie des stetigen Wirtschaftswachstums von den linken Parteien, die den traditionellen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit durch Reformen zu vermindern suchen.<sup>58</sup> Die geringste Übereinstimmung besteht mit der LDP, die in den wesentlichen Fragen entgegengesetzte Positionen einnimmt. Die DPJ wiederum ist in zahlreichen Politikfragen zerstritten, da in der Partei verschiedene ideologische Strömungen vertreten sind.<sup>59</sup> Dies trifft insbesondere auf die Haltung zur Weiternutzung der Kernenergie zu, wobei die LDP für eine Weiternutzung plädiert, während die DPJ in dieser Frage tief zerstritten ist. Die ehemaligen Linksparteien SDPJ und KPJ haben sich zwar für einen Atomausstieg ausgesprochen, doch ist insbesondere die einst größte Oppositionspartei SDPJ mittlerweile bedeutungslos geworden.<sup>60</sup>

## 5.2 Themen der Mitglieder

Die 34 Mitglieder des nationalen Ausschusses nannten insgesamt 55 unterschiedliche thematische Ziele, wobei erwartungsgemäß das von dreizehn Befragten (40%) genannte Thema „Atomausstieg“ einen Schwerpunkt bildete (Tab. 1). Es folgten die Angaben „Natur- und Umweltpolitik“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Energie“, „lokale Selbstverwaltung und Autonomie“, „Menschenrechte“, „Frieden“ und „Klimawandel“. Die Gleichstellung der Geschlechter wurde ausschließlich von Frauen als Thema benannt, lokale Autonomie hingegen nur von Männern.

Ordnet man die man die politischen Themen der Mitglieder des nationalen Ausschusses den in der „Grünen Vision“ genannten neun Themenbereichen zu, so liegen die Schwerpunkte in den Bereichen „Kernenergie und erneuerbare Energien“, „Natur und Umweltschutz“ sowie der „partizipatorischen Demokratie“ mit jeweils 18 Nennungen, gefolgt von „Pluralismus“ (11 Nennungen), „Rechte der Kinder“ (9 Nennungen) und „Gleichberechtigung“ (8 Nennungen). Themen, die in die Bereiche „Gewaltfreiheit in

---

<sup>58</sup> Zu diesem Zusammenhang vgl. Müller-Rommel 1994: 15.

<sup>59</sup> Zu den Politikpositionen der japanischen Parteien vgl. Schmidt 2011a: 12ff.

<sup>60</sup> Die KPJ konnte allerdings bei den Wahlen zum Präfekturparlament von Tōkyō 2013 sowie den Oberhauswahlen 2013 durchaus beachtliche Zugewinne erzielen.

den internationalen Beziehungen“, „soziale Gerechtigkeit“ und eine „menschliche Wirtschaft“ fielen, wurden sieben- bzw. sechsmal genannt (vgl. Schaubild 2).

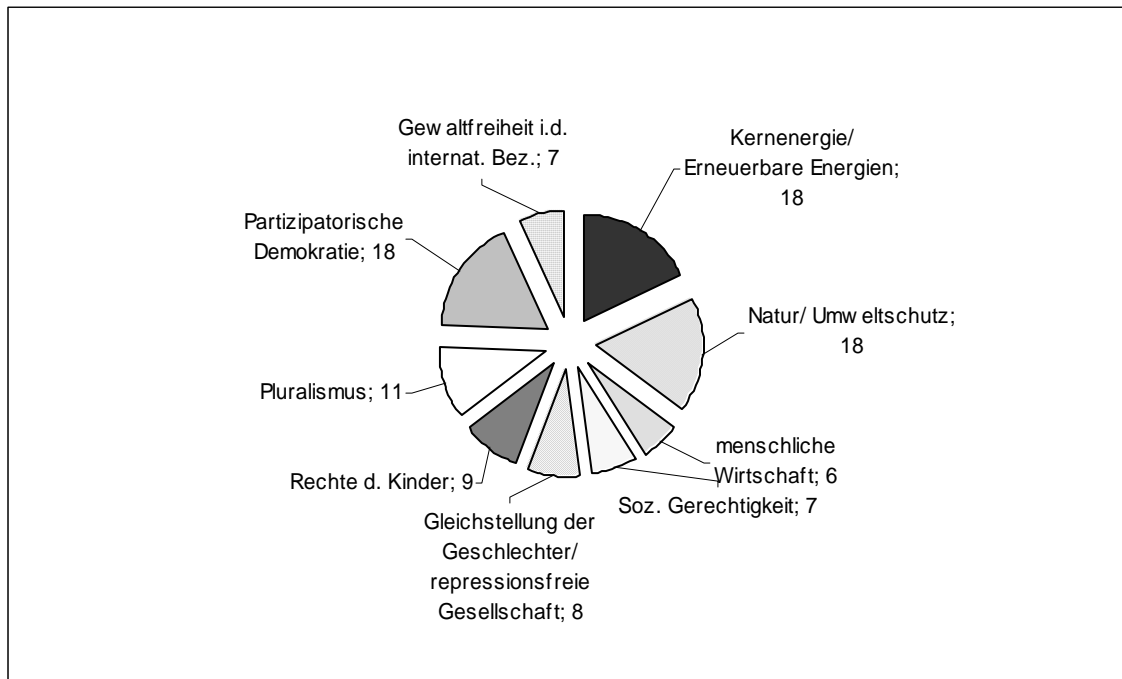
**Tabelle 1: Themen der Mitglieder des nationalen Ausschusses nach Häufigkeit der Nennungen.**

Thema	N=	in %	N m	N w
Atomausstieg	13	38,2	7	6
Natur- und Umweltpolitik	8	23,5	3	5
Frauenrechte/ Gender/ Gleichberechtigung	6	17,6	0	6
erneuerbare Energien/ Energieproblem/ regionale Energieentwicklung/ Energiesparen	5	14,7	3	2
lokale Selbstverwaltung/ Autonomie	4	11,8	4	0
Menschenrechte	4	11,8	1	3
Frieden	4	11,8	2	2
Klimawandel	3	8,8	2	1

Quelle: Eigene Auswertung.

Anm.: N= 34 Mitglieder. Mehrfachnennungen möglich. Alle anderen Nennungen  $\leq 2$ . N m= Anzahl der Nennungen unter den männlichen Abgeordneten; n w= Anzahl der Nennungen unter den weiblichen Abgeordneten.

Wenngleich die meisten Mitglieder somit den Atomausstieg zum Thema erhoben und die meisten Nennungen in die Bereiche Energie und Umweltschutz fielen, sollte nicht übersehen werden, dass auch anderen Themen wie der partizipatorischen Demokratie oder der Gleichstellung der Geschlechter eine große Bedeutung beigemessen wurde. Insgesamt sind die Grünen somit keineswegs als „Ein-Themen-Partei“ zu bezeichnen, die lediglich auf Kernkraft und Umweltschutz fokussiert ist, wie von Kritikern behauptet (Nishida 2012).

**Schaubild 2: Politische Themen der Mitglieder des Nationalen Ausschusses**

Quelle: Eigene Auswertung.

Anm.: N= 102 Nennungen.

### 5.3 Sozialstruktur und Karrierenhintergrund der Funktionsträger

Auf dem Gründungsparteitag der Grünen wurde neben dem vierköpfigen Vorstand, der wie ausgeführt die Partei repräsentiert, auch ein 34-köpfiger nationaler Ausschuss gewählt. Dieser führt gemäß Art. 21 des Parteistatuts die Geschäfte und beschließt laufende Aktivitäten.<sup>61</sup> Gemäß dem Zusatz zu den Statuten der Partei sollen sowohl der Vorstand als auch der nationale Ausschuss geschlechterparitätisch und regional wie altersmäßig ausgewogen besetzt werden.

Die Angaben zum Vorstand und den Mitgliedern des nationalen Ausschusses, auf die sich die nachfolgende Analyse stützt, sind auf der Homepage der Partei veröffentlicht.<sup>62</sup> Ins-

<sup>61</sup> Die Amtszeit beträgt ein Jahr, eine Wiederwahl ist möglich (Art. 19).

<sup>62</sup> Vorstand: <http://greens.gr.jp/member/mem-cat/daihyo/>; nationaler Ausschuss: <http://greens.gr.jp/member/mem-cat/kyogi-iin/> (Aufruf am 25.8.2012).

gesamt befanden sich unter den 34 Mitgliedern des nationalen Ausschusses 17 Männer und 17 Frauen, womit die Prämisse der Geschlechterparität eingehalten wurde – ein Novum in der japanischen Politik, die bislang als Männerdomäne galt. Auch unter den Abgeordneten der DPJ befanden sich nach der Unterhauswahl 2009 gerade einmal dreizehn Prozent Frauen (Schmidt 2011a: 6).

Das Durchschnittsalter lag bei 50,3 Jahren,<sup>63</sup> womit es deutlich unter dem der etablierten Parteien LDP, SDPJ und KPJ lag.<sup>64</sup> Der vierköpfige Vorstand war mit einem Durchschnittsalter von 39,2 Jahren nochmals deutlich jünger als der nationale Ausschuss, wobei zwei der vier Mitglieder sogar jünger als 33 Jahre waren. Die Rekrutierung insbesondere in die Spitzenpositionen erfolgt bei den Grünen somit nicht nach dem in Japan sonst üblichen Senioritätsprinzip.

Wie ausgeführt sollen die Mitglieder des nationalen Ausschusses auch nach regional ausgewogenen Aspekten gewählt werden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren allerdings vor allem Delegierte aus der Kantô-Region um Tôkyô und Yokohama überproportional vertreten. Betrachtet man lediglich die Mitglieder, die aus der Präfektur Tôkyô stammten (N=10), so fällt auf, dass nur ein Mitglied aus dem Osten Tôkyôs stammte, neun Mitglieder hingegen aus dem Westen. Von diesen wiederum kam eine Mehrheit (N=5) aus dem Stadtgürtel, der sich westlich an die Stadtbezirke von Tôkyô anschließt und als begehrtes Wohngebiet der gut situierten Mittelschicht gilt. Zudem konzentrieren sich dort viele Bildungseinrichtungen und Universitäten. Unterproportional vertreten waren vor allem Delegierte aus der zentraljapanischen Tôkai-Region (Tab. 2).<sup>65</sup> Von den vier Vorstandsmitgliedern stammten zwei aus Tôkyô, einer aus Niigata (Region Kôshin'etsu) und ein Mitglied aus Kyôto (Region Kansai).

---

<sup>63</sup> Die deutschen Grünen waren mit einem Durchschnittsalter von 46,6 Jahren (2009) etwas jünger. Vgl. Bundeswahlleiter: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/veroeffentlichungen/Heft5\\_komplett.pdf](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/Heft5_komplett.pdf): S. 13. (Aufruf am 29.9.201).

<sup>64</sup> So lag beispielsweise das Durchschnittsalter der Unterhausabgeordneten der LDP im Jahr 1999 bei 58,5, das der SDPJ- und KPJ-Abgeordneten bei 60,9 Jahren. Vgl. Schmidt 2001: 228. Die Altersverteilung entspricht aber in etwa jener der DPJ-Abgeordneten nach der „historischen Unterhauswahl“ 2009, bei der viele junge Kandidaten gewählt wurden. Vgl. Schmidt 2011a: 6.

<sup>65</sup> Allerdings ist zu berücksichtigen ist, dass die Fallzahlen sehr niedrig sind und bereits eine Person mehr oder weniger zu Verschiebungen von knapp 3% führt.

**Tabelle 2: Verteilung des nationalen Ausschusses nach regionaler Herkunft im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2010**

Region	N=	%	Bev. 2010 (in %)
Hokkaidô/ Tôhoku	3	8,8	15,5
Kantô	14	41,2	29,4
Kôshin'etsu/ Hokuriku	4	11,8	6,6
Tôkai	2	5,9	11,8
Kansai	5	14,7	16,3
Chûgoku	2	5,9	5,9
Shikoku	1	2,9	3,1
Kyûshû/ Okinawa	3	8,8	11,4
Gesamt	34	100	100

Quelle: Eigene Berechnung. Bev: Eigene Berechnung nach Nihon tôkei nenkan 2012.

Anm.: Kôshin'etsu: die alten Provinzen Kai, Shinano und Echigo, heute die Präfekturen Yamanashi, Nagano und Niigata. Tôkai: Die Präfekturen Shizuoka, Aichi, Gifu und Mie.

Insgesamt 19 der Mitglieder des nationalen Ausschusses (knapp 60%) hatten zuvor ein Amt innerhalb der Vorgängerpartei „Grüne Zukunft“ inne, und annähernd die Hälfte verfügte über Erfahrungen in der Lokalpolitik (N= 16) oder war für eine Organisation tätig gewesen (N=14), wobei die meisten Personen über Erfahrungen in mehr als einem Tätigkeitsbereich verfügten. Die Organisationen waren alle dem Dritten Sektor zuzurechnen, wie Bürgerorganisationen (N=4), Umweltorganisationen (N=3) oder Frauenorganisationen (N=2). Für die Grünen bildet dieser Sektor somit einen wichtigen Professionalisierungsbereich. Zwei der Ausschussmitglieder waren in der Japanischen Anwaltsvereinigung (*Nihon bengôshi rengôkai*, kurz: *Nichibenren*) vertreten. Die Vereinigung, die sich gemäß Art. 2 ihrer Satzung für den Schutz der fundamentalen Menschenrechte und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit einsetzt,<sup>66</sup> hat in der Vergangenheit Bürger bei Umweltskandalen wie in Minamata unterstützt und kritisierte öffentlich die Informationspolitik der Regierung nach dem Atomunfall von Fukushima.<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Vgl. Japan Federation of Bar Associations (JFBA), o.J. “What is the JFBA?”. <http://www.nichibenren.or.jp/en/about/us/profile.html> (Aufruf am 18.9.2012).

<sup>67</sup> JFBA 2012: 105f.



Im Unterschied zu den etablierten Parteien Japans, in denen lokalpolitische Erfahrungen kaum eine Rolle spielen,<sup>68</sup> kommt der lokalen Ebene für die Grünen somit eine erhebliche Bedeutung zu. Erfahrungen in der Bewältigung praktischer Probleme im überschaubaren Bereich der lokalen Gemeinde können als eine zweckmäßige Voraussetzung für ein nationales öffentliches Amt angesehen werden. Aber auch Parteiämter oder Ämter in Organisationen gelten gemeinhin als wichtige Vorpositionen für die Rekrutierung von Berufspolitikern. Den Gewerkschaften, die für die ehemaligen linken Oppositionsparteien SDPJ und KPJ einen wichtigen Professionalisierungssektor bildeten, kommt hingegen keine Bedeutung zu.

#### 5.4 Sozialstruktur und Karrierehintergrund der Lokalparlamentarier

Die starke lokale Verankerung der Grünen Partei lässt sich auch daran ablesen, dass am Gründungsparteitag insgesamt 55 Lokalpolitiker der Partei beitraten. Auch die Tatsache, dass mehr als 70% (N=40) dieser Lokalpolitiker der Vorgängerpartei „Grüne Zukunft“ angehörten und 66% (N= 37) Mitglieder des Politikinformationszentrums für Lokalabgeordnete der Regenbogen-Grünen waren, belegt die enge Verflechtung der neuen Grünen mit diesen Vorgängerorganisationen.<sup>69</sup>

Die meisten (N=50) hatten ein Amt in einem Lokalparlament inne, 4 Personen waren Präfekturabgeordnete und eine der Mandatsträgerinnen war Bürgermeisterin. Bis auf einen, der zu den Grünen Niigata gehörte, waren alle als Unabhängige registriert, was auf der lokalen Ebene in Japan durchaus üblich ist.

Obgleich hier kein Quotensystem existiert, waren auch unter den Lokalpolitikern annähernd gleich viele Frauen (N=27) wie Männer (N=28) vertreten. Frauen sind somit innerhalb der grünen Bewegung generell sehr stark vertreten.

Die regionale Verteilung (Tab. 3) ist ähnlich der der Mitglieder, wobei die Überrepräsentation der Kantô-Region nicht ganz so deutlich ausfällt. Tendenziell hat die Bewegung ihren Schwerpunkt aber offensichtlich eher in den metropolitanen Regionen, wo post-materielle Werteeinstellungen deutlich ausgeprägter sind als in ländlichen Regionen,

---

<sup>68</sup> 1999 waren es bei SDPJ und KPJ 28%, bei den Abgeordneten der LDP 40%. Vgl. Schmidt 2001: S. 233. Unter den Unterhausmitgliedern der DPJ befanden sich im Jahr 2009 ebenfalls nur 29% ehemalige Lokalpolitiker. Vgl. Schmidt 2011a: 7.

<sup>69</sup> Diese und die folgernden Angaben basieren auf den Veröffentlichungen der Profile auf den Seiten der jeweiligen Lokalparlamente und den persönlichen Websites der Abgeordneten.

in denen traditionellen Werten noch eine große Bedeutung zukommt (Schmidt 2001: 173ff).<sup>70</sup> Auch hier ist festzustellen, dass von den 12 Lokalpolitikern aus der Präfektur Tōkyō nur zwei in einem der Stadtparlamente im Osten Tōkyōs vertreten waren, die übrigen hatten ein Amt in einen der Parlamente im Westen inne, besonders in den Parlamenten des Stadtgürtels um Tōkyō (N=6).

**Tabelle 3: Verteilung der Mandatsträger nach regionaler Herkunft im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2010**

Region	N=	In %	Bev. 2010 (in %)
Hokkaidō/ Tōhoku	5	9,1	15,5
Kantō	20	36,4	29,4
Kōshin'etsu/ Hokuriku	2	3,6	6,6
Tōkai	6	10,9	11,8
Kansai	12	21,8	16,3
Chūgoku	5	9,1	5,9
Shikoku	1	1,8	3,1
Kyūshū/ Okinawa	4	7,3	11,4
Gesamt	55	100	100

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Anm.: Siehe Tabelle 2.

Fast alle dieser Abgeordneten verfügten über einen Hochschulabschluss, nur fünf hatten lediglich eine Oberschule abgeschlossen.<sup>71</sup> Im Unterschied zu den Politikern anderer japanischer Parteien liegt der Anteil der Absolventen von einer der fünf führenden Eliteuniversitäten des Landes<sup>72</sup> mit nur vier Personen extrem niedrig, wobei keiner die

<sup>70</sup> Dies manifestiert sich z.B. in der Reaktion auf die Entscheidung der Regierung und J-Power im Oktober 2012, die Arbeiten am Neubau des AKWs in der Gemeinde Ōma ((Präf. Aomori) wieder aufzunehmen. Während sich der Bürgermeister von Ōma „extrem erleichtert“ zeigte, lehnte die Regierung der unweit gelegenen Großstadt Hakodate die Wiederaufnahme der Bautätigkeit strikt ab. Vgl. Japan Times, 2.10.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20121002a4.html> (Aufruf am 3.10.2012).

<sup>71</sup> K.A= 13.

<sup>72</sup> Diese umfassen die Universität von Tōkyō, die Hitotsubashi-Universität, die Universität von Kyōto sowie die Universitäten Waseda und Keiō.

Spitzenuniversität von Tôkyô abgeschlossen hatte. Die Lokalparlamentarier verfügten damit zwar über eine hohe, aber nicht über die ansonsten für Politiker übliche Elitebildung. Hierbei ist auch beachtenswert, dass annähernd gleich viele Frauen (N=18) wie Männer (N=19) über einen Hochschulabschluss verfügten und auch unter den Frauen der Altersgruppe 60-69 fast alle eine Hochschule abschlossen hatten. Unter der Gesamtbevölkerung hatte der Anteil weiblicher Studienanfänger im Jahr 1965 lediglich bei 4,6% gelegen, der Anteil der männlichen Studienanfänger bei 20,7% (Schmidt 2001: 88).

**Tabelle 4: Berufliche Vorpositionen der Mandatsträger**

Berufliche Tätigkeit	N=	%
Mitarbeiter e-r Organisation (NPO etc.)	11	20,0
Angestellter	9	16,4
Dozent/ Tätigkeit im Erziehungswesen	5	9,1
Selbstständiger	4	7,3
Journalist	4	7,3
Student	3	5,5
Arbeiter/ Jobber	2	3,6
Tätigkeit im Finanzsektor	2	3,6
Hausfrau	2	3,6
Position in e-r Partei (inkl. Sekretär e-s Abgeordneten)	2	3,6
Arzt	1	1,8
k.A.	10	18,2
Total	55	100

Quelle: Eigene Auswertung.

Insgesamt waren die Mandatsträger mit 52,6 Jahren etwas älter als die Mitglieder des nationalen Ausschusses, wobei die 60-69jährigen mit 40% die größte Gruppe stellten und im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung (+22,6%) deutlich überrepräsentiert waren. Die Mehrheit der Mandatsträger wurde somit zwischen 1943 und 1952 geboren

und kann damit zur „studentischen Protestgeneration“ gerechnet werden, zu jener Generation also, die für die deutschen Grünen als konstitutiv angesehen werden kann.<sup>73</sup>

Im Unterschied zu den Mitgliedern des nationalen Ausschusses, für die lediglich die Vorposition angegeben war, erlaubt die Auswertung der Profile der Abgeordneten Einblicke in die berufliche Vorposition der Mandatsträger (Tab. 4). Die meisten (N=11) waren für eine Organisation tätig, drei von diesen waren Funktionsträger in den Bürgernetzwerken gewesen. Gut 16%, waren Angestellte, wobei nur einer in einem Großbetrieb tätig war. Es folgten Dozenten und andere im Erziehungswesen Tätige, Selbstständige und Journalisten. Kein Abgeordneter entstammte der Ministerialbürokratie, und nur zwei waren zuvor als Sekretär eines Abgeordneten tätig gewesen.<sup>74</sup> Vor allem für die Abgeordneten von LDP und DPJ waren die letztgenannten Bereiche in der Vergangenheit wesentliche Rekrutierungsfelder. Die Mandatsträger der Grünen unterschieden sich damit signifikant von denen anderer Parteien.

## **6. Politische Rahmenbedingungen für die Etablierung der Grünen**

### **6.1 Das Auftauen des Parteiensystems und die wachsende Politikverdrossenheit**

Ähnlich wie in anderen Industriestaaten war auch in Japan die Wahlbeteiligung über Jahrzehnte hinweg stetig gesunken. In den 1970er Jahren wuchs neben der Zahl der Nichtwähler auch die Zahl derjenigen Personen, die bei Befragungen angaben, keine Partei zu unterstützen, und blieb bis Mitte der 1980er Jahre relativ konstant. Über die 1990er Jahre zeigte die Quote erneut einen starken Anstieg und lag im Jahr 2000 bei über 50 Prozent (Schmidt 2001: 194).

Für die Abnahme der Parteibindungen und die sinkende Wahlbeteiligungsrate sind soziale Prozesse verantwortlich, die in den späten 60er Jahren einsetzten. Bedingt durch das rasche ökonomische Wachstum jener Phase kam es zu einer Zunahme der Bevölkerung in den städtischen Metropolen und einem damit einhergehenden sozialen und berufsstrukturellen Wandel, der zu einer Abnahme der traditionellen konservativen Wählerschicht auf dem Land und im Zusammenhang damit zu stetigen Stimmenverlusten der LDP führte. Da sich die SPJ jedoch weiterhin fast ausschließlich auf die gleichfalls abneh-

---

<sup>73</sup> Zum Zusammenhang zw. studentischer Protestgeneration und den Grünen vgl. z.B. Raschke/Schmitt-Beck 1994: 167.

<sup>74</sup> Hierbei handelte es sich zumeist um so genannte „Erbabgeordnete“, die sich als Sekretär des Vaters oder eines anderen näheren Verwandten auf die Übernahme des Mandats vorbereiteten.

mende Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten stützte, schrumpften auch ihre Unterstützerguppen stetig.

Ab den 1970er Jahren zeigten sich ähnliche Wertewandelprozesse von „materialistischen“ zu „postmaterialistischen“ Werten wie in anderen Industriestaaten, die sich angesichts des raschen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel aber mit „modernen“ Werteinstellungen überlagerten und daher eher eine Pluralisierung der Werteinstellungen bedingten, denn einen eindeutigen Wandel von „materiell“ zu „post-materiell“. Analog zu westlichen Industriestaaten korrelierte aber sowohl eine moderne als auch eine post-materialistische Werteinstellung hoch mit einer hohen Bildung, einem niedrigen Lebensalter und einem städtischen Umfeld (Schmidt 2001: 183).

*Dealignment*-Trends in Form einer Ablehnung der Unterstützung von Parteien können seit den späten 1960er und 1970er Jahren vorwiegend unter denjenigen Gruppen und Schichten festgestellt werden, die in den 1950er und 1960er Jahren progressiv gewählt hatten. So setzte sich die Nichtunterstützerschicht in den 1960er Jahren noch aus den Älteren, weniger gebildeten Beschäftigten in Landwirtschaft, Forsten oder Fischerei zusammen, in den 1980er und 1990er Jahren hingegen überwiegend aus den jüngeren, besser gebildeten und abhängig Beschäftigten in den Großstädten, aus jenen Wahlberechtigten somit, aus denen die Linksparteien zuvor ihre Wählerschaft rekrutierten und die tendenziell ein Wählerpotential für grüne Parteien bilden. Die genannten Prozesse führten zu einer entscheidenden Schwächung der politischen Linken und zur Bedeutungslosigkeit der ehemals größten Oppositionspartei SPJ.

Angesichts der Abnahme der Kernwählerschaften aufgrund einer Lockerung der Beziehung zwischen der politischen Linken und ihren Stammwählerschaften einerseits und einem quantitativen Schrumpfen der traditionellen konservativen Kernwählerschaften andererseits ist jener Teil der Wählerschaft angewachsen, um den die Parteien konkurrieren. Da sich die Parteien jedoch nicht von ihren Herkunftsmilieus lösten, wuchs die Zahl derjenigen, die keine Partei unterstützen und entweder an aktuellen Themen orientiert und frei von traditionellen Bindungen ihre Wahlentscheidung treffen oder sich der Wahl gänzlich enthalten.<sup>75</sup>

Aber nicht nur der Trend zur Nichtwahl und zur Nichtunterstützung ist offenkundig, sondern auch der Wandel der ideologischen Positionen innerhalb der Bevölkerung.

---

<sup>75</sup> Vgl. hierzu ausführlich Schmidt 2001.

Hierbei werden die Befragten aufgefordert, sich auf einer Skala von 1-10 einzuordnen, wobei 1 „sehr progressiv“ und 10 „äußerst konservativ“ repräsentiert. Ein Trend zur Mitte kann seit den 1970er Jahren festgestellt werden, wobei vor allem die Abnahme der Zahl derjenigen auffällt, die sich als „progressiv“ oder „eher progressiv“ einstufen und deren Anteil 1972 noch bei gut 26 Prozent gelegen hatte. Andererseits ist auch der Anteil der Befragten, die sich als „konservativ“ einstufen, seit den frühen neunziger Jahren rückläufig (vgl. Tab. 5). Zudem korrelierte die Selbsteinstufung als „Weder progressiv noch konservativ“ positiv mit der Ablehnung der Unterstützung von Parteien (Schmidt 2001: 188). Im Jahr 2012 gab fast die Hälfte an, „weder progressiv noch konservativ“ zu sein, 33 Prozent hatten eine „konservative“ oder „eher konservative“ Einstellung und 19 Prozent der Befragten klassifizierten sich als „progressiv“ oder „eher progressiv“.

**Tabelle 5: Konservative vs. progressive politische Einstellung 1972-2012**

Jahr der Unterhauswahl	Konservativ/ überwiegend konservativ	Neutral/ Andere/ K.A.	Progressiv/ überwiegend progressiv
1972	38,0	35,7	26,2
1976	36,6	39,1	24,4
1983	47,6	34,2	18,2
1986	46,5	37,1	16,5
1990	42,3	38,4	19,3
1993	40,8	41,6	17,6
1996	35,9	49,0	15,1
2000	37,3	44,6	18,1
2003	36,7	46,4	16,9
2005	35,0	49,2	15,9
2009	36,1	46,9	16,9
2012	33,0	46,1	19,2

Quelle: *Akarui senkyo suishin kyōkai*, jeweilige Jahrgänge, <http://www.akaruisenkyo.or.jp/066search/index.html> (Aufruf am 31.7.2013).

Anmerkung: Antwort auf die Frage: „Halten Sie sich für konservativ oder progressiv?“. K.A.: „Keine Antwort“.

Dieses „Auftauen“ des Parteiensystems und der Wählerbindungen bewirkte eine Instabilität des Parteiensystems mit einem fragmentierten, sich permanent umstrukturierenden Oppositionslager, dessen Entwicklung nicht ursächlich auf sozialstrukturelle Konfliktlinien zurückgeführt werden konnte, da die Parteien in keiner Weise neue Konflikte verkörperten. Auch die im Jahr 1998 gegründete DPJ kann weder programmatisch noch personell als neue Kraft verstanden werden. Dennoch konnte die Partei bei der „historischen Unterhauswahl“ von 2009 mit der Forderung nach dem „Vorrang der Bürger“ und einem Regierungswechsel (*seiken kōtai*) die Unterhauswahlen gewinnen und mit einer Zweidrittelmehrheit ins japanische Parlament einziehen. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 70 Prozent relativ hoch und lag um etwa zwei Prozent über dem Ergebnis von 2005 und um zehn Prozent über der niedrigsten Beteiligung im Jahr 1996. Diese Zahlen deuten auf eine hohe Mobilisierung von Nichtwählern hin, die offensichtlich der DPJ zugute kam. Bemerkenswert war, dass auch prominente Politiker der ehemaligen Regierungskoalition gegen junge Kandidaten, weibliche Herausforderer und Neulinge unterlagen. Zudem wurden viele der Kandidaten bei dieser Wahl zum ersten Mal gewählt. Insgesamt waren von den 308 Abgeordneten der DPJ 117 Neulinge.<sup>76</sup> Dennoch wurden wichtige Posten in der Partei weiterhin mit Politikern besetzt, die aus Parteien des „alten Parteiensystems“ stammten, insbesondere aus der LDP.

Die aus der Krise resultierende Verunsicherung der Bevölkerung, die uneinheitliche Haltung der DPJ im Umgang mit der Atomkraft und die innerparteilichen Querelen, die im Sommer 2011 den Rücktritt von Ministerpräsident Kan zur Folge hatten, schlugen sich allerdings in einer deutlichen Abnahme der Unterstützung der Partei nieder (Schmidt 2012a: 54). Ähnlich wie sozialdemokratische Regierungen in Europa scheiterte auch die DPJ an der Umsetzung von Reformen in den „neuen“ Politikfeldern.<sup>77</sup> Der DPJ ist es daher nicht gelungen, die ungebundenen Wählerschichten dauerhaft an sich zu binden und das Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherzustellen. Die mit dem politischen Machtwechsel verknüpfte Hoffnung, die DPJ könne den seit Jahren anhaltenden Trend zur Politikverdrossenheit stoppen, hat sich somit nicht erfüllt. Die Zerstrittenheit der DPJ und ihre Unfähigkeit, sich als echte politische Alternative zu präsentieren, verstärkte die Kluft zwischen den Ansprüchen der Wähler und ihrer politischen Repräsentanz, insbesondere weil die Regierung Noda gegen den Willen einer Mehrheit der Bevölkerung

---

<sup>76</sup> Zum Machtwechsel vgl. Schmidt 2011b.

<sup>77</sup> Zum Zusammenhang zwischen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und der Gründung grüner Parteien vgl. Müller-Rommel 1992: 201f.

weiterhin an der Nutzung von Atomkraft festhielt und versuchte, ein Wiederanfahren stillgelegter Kernkraftwerke politisch durchzusetzen.

Angesichts der großen Enttäuschung der Wähler über die Politik der DPJ und den mangelnden Alternativen im Parteiensystem blieben viele Wähler der vorgezogenen Unterhauswahl 2012 fern, so dass die Wahlbeteiligung mit 59,3% ein Rekordtief erreichte. Vor allem unter den jüngeren Wahlberechtigten bis 25 Jahren war die Abnahme der Wahlbeteiligung dramatisch und sank von knapp 50% bei der Unterhauswahl 2009 auf nur noch 35,3% ab.<sup>78</sup> Dank des bestehenden Wahlsystems konnte die LDP, die eine uneingeschränkte Nutzung der Atomkraft befürwortet, mit unter 30% der Stimmen in den Verhältniswahlkreisen insgesamt etwa 60% der Mandate erringen und damit als Siegerin aus der Wahl hervorgehen, obgleich zeitgleiche Umfragen belegten, dass 80% aller Japaner weiterhin einen Atomausstieg befürworteten. Die kurz vor der Unterhauswahl gegründete, bald darauf aber angesichts von Abspaltungen bedeutungslos gewordene Zukunftspartei Japans, die offensichtlich nicht als glaubwürdige Anti-Atomkraft-Partei wahrgenommen wurde, kam lediglich auf 5,7% in den Verhältniswahlkreisen.<sup>79</sup> Auch bei der Oberhauswahl 2013, bei der die LDP ebenfalls einen deutlichen Wahlsieg erringen konnte, erreichte die Wahlbeteiligung ein Rekordtief mit nur knapp 53%<sup>80</sup> und sowohl die Partei „Grüner Wind“ als auch die Grünen kamen lediglich auf knapp unter 1% der Stimmen.<sup>81</sup>

Die Zerstrittenheit der großen Parteien im Hinblick auf die künftige Atompolitik dürfte die Tendenz zur Politikverdrossenheit in nächster Zukunft eher weiter verstärken. Hier von profitieren könnten noch nicht etablierte Parteien wie die Grünen, die einen sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft fordern – allerdings nur dann, wenn es ihnen gelingt, das Vertrauen der Wähler (und vor allem der jüngeren Wahlberechtigten) in die politischen Institutionen wieder herzustellen. Kurzfristig manifestiert sich die Politikverdrossenheit in Wahlabstinz, was die LDP stark begünstigt. Auch sollte nicht übersehen werden, dass auch in Deutschland nur ein Teil der Bewegung für die Gründung einer

---

<sup>78</sup> Vgl. Akarui senkyo suishin kyōkai: <http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/071syugi/693/> (Aufruf am 1.7.2013). In Deutschland lag die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe bei der Bundestagswahl 2009 bei knapp über 60%.

<sup>79</sup> Vgl. Yomiuri shinbun, 17.12.2012. <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2012/kaihyou> (Aufruf am 19.12.2012) und National Post 16.12.2012. <http://news.nationalpost.com/2012/12/16/japan-election> (Aufruf am 22.12.2012).

<sup>80</sup> Vgl. Asahi shinbun, 22.7.2013. <http://www.asahi.com/politics/update/0721/TKY201307210015.html> (Aufruf am 23.7.2013).

<sup>81</sup> Vgl. Asahi shinbun, San'in sen 2013 [Die Oberhauswahl 2013]. <http://www.asahi.com/senkyo/senkyo2013/kaihyo/C01.html#TKJ00001P1J> (Aufruf am 24.7.2013).



grünen Partei eintrat, während ein anderer Teil explizit eine außerparlamentarische Opposition forderte (s.o).

## 6.2 Wahlrecht und wahltechnische Besonderheiten

Da systembezogene Komponenten, wie das geltende Wahlrecht, die Repräsentation von Parteien entscheidend beeinflussen, sollen im Folgenden die politischen Chancenstrukturen in Japan genauer betrachtet werden.

Das politische System in Japan ist zweistufig aufgebaut und gliedert sich in die Ebenen von Nationalstaat und lokalen Gebietskörperschaften. Die 47 Präfekturen (*ken*)<sup>82</sup> bilden die größten administrativen Untereinheiten nach der nationalen Ebene mit begrenzter regionaler Autonomie. Sie haben eigene, direkt gewählte Parlamente, an deren Spitze ein ebenfalls in direkter Wahl gewählter Gouverneur steht. Die Präfekturen haben keine eigene parlamentarische Vertretung, wie es der deutsche Bundesrat darstellt. Unterhalb dieser größten Gebietskörperschaften gibt es die Verwaltungseinheiten der Städte, Kleinstädte und Dörfer mit direkt gewählten Parlamenten, denen ein direkt gewählter Bürgermeister vorsteht. Insgesamt bestanden im Jahr 2003 etwa 3200 Kommunen in Japan. Abgeordnete, wie auch Bürgermeister und Gouverneure, werden mittels des Systems der unübertragbaren Einzelstimmgebung für vier Jahre gewählt, wobei die Kandidaten mit den meisten Stimmen ein Mandat erhalten. Da i.d.R. ganze Städte als Wahlkreise fungieren, ist der Proporzeffekt sehr hoch, was sich auf die Repräsentation kleinerer Parteien günstig auswirkt. Zudem ist die Konkurrenz um Mandate auf der sub-nationalen Ebene sehr gering, weshalb die Wahlchancen hier sehr hoch sind.<sup>83</sup>

Das nationale Parlament, bestehend aus Unter- und Oberhaus, ist das höchste gesetzgebende Organ des Staates, wobei das Unterhaus die entscheidende Kammer des Parlamentes darstellt.<sup>84</sup> Die zweite Kammer des Parlamentes ist weder ein Adelshaus, wie es das Oberhaus nach der Meiji-Verfassung war, noch eine Länderkammer wie der Bun-

---

<sup>82</sup> Bis auf vier Ausnahmen (Tôkyô (*to*), Hokkaidô (*dô*) und Ôsaka und Kyôto (*fu*)) wird für alle administrativen Untereinheiten der Ausdruck *ken* gebraucht.

<sup>83</sup> Vgl. hierzu ausführlich Schmidt 2009a.

<sup>84</sup> Das Oberhaus ist zustimmungspflichtig bei allen Gesetzen mit Ausnahme internationaler Verträge und des Haushaltsgesetzes. Die Ablehnung eines Gesetzes kann jedoch durch das Unterhaus überstimmt werden.

desrat in Deutschland, weshalb das System auch als „unechtes Zweikammernsystem“ bezeichnet wird.

Das seit den Unterhauswahlen von 1996 gültige Wahlsystem sieht bei einer Gesamtzahl von 480 Unterhausmandaten ein gemischtes Wahlsystem aus 300 Einerwahlkreisen und 180 Listenmandaten vor. In den Einerwahlkreisen gilt jeweils der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl als gewählt. Für die Listenmandate wurde das Land in elf Listenblöcke eingeteilt, wobei die Mandatsverteilung für die einzelnen Parteien über das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren festgelegt wird. Somit verfügt der Wähler über jeweils eine Stimme für einen Kandidaten im Einerwahlkreis und eine Stimme für die Liste einer Partei, womit taktisches Wahlverhalten ermöglicht wird. Da in den zahlenmäßig stärker repräsentierten Einerwahlkreisen bereits eine Stimme mehr oder weniger über den Gewinn des Mandats entscheidet, kann es zu erdrutschartigen Verschiebungen der Mandatsanteile kommen.

Als Voraussetzung für die Anerkennung als Partei gelten eine Zwei-Prozent-Hürde oder die Mindestzahl von fünf gewählten Abgeordneten.<sup>85</sup> Demgemäß sind die japanischen Grünen derzeit noch keine Partei, sondern lediglich eine politische Organisation (*seiji dantei*), die nicht unter die öffentliche Parteienfinanzierung fällt. Im Unterschied zu den anderen Parteien können ihre Kandidaten daher nicht unter dem Parteienlabel antreten. Ihre Direktkandidaten werden nur unter dem Label „andere Parteien“ (*shôha*) geführt. Auch bei Umfragen oder den Entscheidungshilfen im Internet bleiben die Grünen daher Außen vor.

Die Anerkennung als Partei über die Klausel der „fünf Abgeordneten“ erklärt die Gründung der unzähligen, zumeist kurzlebigen Parteien seit den Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem zu Beginn der 1990er Jahre, die allesamt aus Abspaltungen der etablierten Parteien entstanden und daher weder personell noch inhaltlich wirklich Neues boten.

Das geltende Wahlrecht begünstigte in der Vergangenheit ausschließlich die LDP. Dies hatte verschiedene Ursachen. So wurde die überfällige Anpassung der Wahlkreise an Migrationsprozesse immer wieder verschoben, da in den LDP-Wählerhochburgen auf dem Land deutlich weniger Stimmen für ein Mandat benötigt wurden als in den Städten, den Hochburgen der Opposition. Darüber hinaus wurde die LDP in der Vergangenheit

---

<sup>85</sup> Vgl. Kôshoku senkyo hô [Wahlgesetz], Kap. 9, Art. 86, <http://www.houko.com/00/01/S25/100.HTM> (Aufruf am 1.10.2012).

von der ungewöhnlichen Kombination von Majorz- und Proporzsystem begünstigt, da hierdurch ein echtes Zweiparteiensystem verhindert wurde und sich die Stimmen für die Opposition in vielen Einerwahlkreisen auf verschiedene Oppositionsparteien verteilten. Da sich die Kandidaten der LDP zudem auf gut organisierte persönliche Unterstützerguppen (*kôenkai*) verlassen konnten, profitierte die Partei am deutlichsten von den bestehenden Regelungen.<sup>86</sup> Bei der Wahl 2009 traf dies insbesondere wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung – und damit einhergehend einem Bedeutungsverlust der Mobilisierung durch die *kôenkai* – und Wahlkreisabsprachen der dann siegreichen Opposition, nicht zu (Schmidt 2011a), wohl aber bei der Wahl 2012. Hier lag der *bias* zugunsten der LDP bei 26%, der höchste gemessene Wert überhaupt.<sup>87</sup>

Für kleine und neue Parteien ist der Gewinn von Einerwahlkreisen ohne entsprechende Wahlabsprachen allerdings schwierig und nur in ausgewählten Wahlkreisen denkbar. Die Erringung von proportional nach Stimmenanteil vergebenen Listenmandaten wiederum setzt voraus, dass eine Partei imstande ist, eine Mindestzahl an Kandidaten zu nominieren, die mindestens 20% der zu vergebenen Mandate umfasst, sowie für alle Wahlmandate Kautionen zu hinterlegen (Wahlgesetz, Art. 92). Im Falle der Wahlen zu Ober- oder Unterhaus beträgt die Summe in den Einerwahlkreisen drei und in den Verhältniswahlkreisen sechs Millionen Yen. Eine Rückerstattung erfolgt nur, wenn der Kandidat mindestens ein Sechstel der Stimmen auf sich vereinigen konnte (Art. 95). Angesichts des engen finanziellen Spielraums der Grünen Partei dürfte es ihr schwer fallen, eine ausreichende Anzahl an Kandidaten aufzustellen, um sich mit über zwei Prozent im Parlament zu repräsentieren.

Die 252 Mitglieder des Oberhauses werden für die Dauer von sechs Jahren gewählt, jeweils die Hälfte der Abgeordneten in Abständen von drei Jahren. Im Unterschied zu den Unterhauswahlen, wo das Land in Listenblöcke eingeteilt ist, werden bei Oberhauswahlen jeweils 73 Mandate in einem landesweiten Verhältniswahlkreis nach dem Verhältniswahlrecht (d'Hondt) vergeben, die übrigen 48 Mandate in Einer- bzw. Mehrerewahlkreisen nach dem System der unübertragbaren Einzelstimmgebung. Für eine Kandidatur muss eine Gruppierung als Partei anerkannt sein (s.o.) oder mindestens 10 Kandidaten nominieren. Im Vergleich zu den Unterhauswahlen sind die Hürden zwar geringer, insbesondere im Hinblick auf die Zahl der Kandidaten und die Tatsache, dass nur ein

---

<sup>86</sup> Zu den *kôenkai* vgl. Masumi 1995, S. 236 ff.

<sup>87</sup> Eigene Berechnung.

landesweiter Wahlkreis existiert, doch gelten auch hier die Regelungen zu den zu hinterlegenden Kauttionen.

Insgesamt sind die politischen Chancenstrukturen für die Repräsentation auf der sub-nationalen Ebene relativ günstig, doch fehlt hier das föderative Element, d.h. die Verschränkung von lokaler und nationaler Politik. Auf der nationalen Ebene sind die Chancenstrukturen sehr viel ungünstiger, vor allem auch im Hinblick auf die finanziellen Anforderungen. Aber selbst wenn es der Grünen Partei gelingen sollte, mit Wahlerfolgen zumindest als Partei anerkannt zu werden, fehlt ihr derzeit im japanischen Parteiensystem der strategische Partner, mit dem eine mögliche Koalition eingegangen werden könnte, da weder DPJ noch LDP einen Atomausstieg befürworten und auch in anderen wesentlichen politischen Fragen abweichende Positionen vertreten. Eine Regierungsbeteiligung ist daher unabhängig von künftigen Wahlerfolgen in der nächsten Zukunft eher unwahrscheinlich.

### 6.3 Die Rolle der kritischen Öffentlichkeit

Wie ausgeführt, bedurfte es in den europäischen Staaten der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit durch Literatur und Presse, um überhaupt als alternativer politischer Akteur wahrgenommen zu werden. In Japan sehen die marktbeherrschenden Medien ihre Aufgabe allerdings eher in der Vermittlung des Regierungs- und Verwaltungshandelns und korporativer Interessen denn oppositioneller Meinungen in das System und definieren sich nicht als Forum einer kritischen Öffentlichkeit. Die liegt an der hohen Kapitalkonzentration im japanischen Mediensektor, der finanziellen Abhängigkeit der Medien vom Werbemarkt, der Fernsehsender vom staatlichen Lizenzrecht sowie der Organisation in Presseklubs.

Die Medienlandschaft wird beherrscht von fünf großen Medienkonzernen, die wirtschaftlich eng verknüpft sind mit den fünf großen Tageszeitungen. Im staatlichen Bereich fungiert die Sendeanstalt NHK (*Nihon hōsō kyōkai*) als alleinige Repräsentantin des öffentlich-rechtlichen Sektors, wobei Programmgestaltung, Personalentscheidungen und Budget der Kontrolle der Politik unterliegen. Die jahrzehntelange Vorherrschaft der LDP im politischen System Japans bedingte daher eine entsprechend liberalkonservative programmatische Ausrichtung von NHK.

Im Unterschied zu NHK unterliegen die privaten Massenmedien keinem direkten Einfluss der Politik, vielmehr garantiert Artikel 21 der japanischen Verfassung die Freiheit

der Rede, der Presse und anderer Ausdrucksformen. Allerdings bestehen auch hier Wege der Einflussnahme, insbesondere durch das staatliche Lizenz- und Kontrollrecht, dem die japanischen Fernsehsender unterliegen, und mittels der Presseklubs (*kisha kurabu*), die allen politischen Organisationen Japans, Ministerien und Behörden, Gerichten, Interessenverbänden, einzelnen Großunternehmen sowie diversen anderen Institutionen zugeordnet sind.<sup>88</sup> Die Journalisten der großen Medienunternehmen sind in der Regel Mitglieder eines solchen Klubs, in dem sie den größten Teil ihrer Arbeitszeit zubringen. Bei regelmäßigen Gesprächsterminen erhalten sie dort exklusive Informationen, von deren Zugang Nichtmitglieder ausgeschlossen bleiben. Die Presseklubs fördern somit eine direkte Einflussnahme von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie einzelner Lobbyorganisationen auf die Inhalte von Artikeln und Sendungen; im Gegenzug garantiert das Presseklubsystem die Vormachtstellung der großen Medienkonzerne durch den Ausschluss kleiner und kritischer Medien vom Zugang zur Information. Es besteht somit ein wechselseitiges Interesse der Eliten an der Beibehaltung dieses Systems.<sup>89</sup>

Auch die großen Werbeagenturen nahmen entscheidenden Einfluss auf die Berichterstattung. So können Asiens größte Werbeagenturen Dentsû und Hakuhôdô<sup>90</sup> wegen der finanziellen Abhängigkeit der Zeitungen und Fernsehanstalten von Werbeeinnahmen starken Einfluss auf die Inhalte von Artikeln und Fernsehsendungen in Bezug auf die von ihnen vertretenen Firmen nehmen. Gemäß einer Untersuchung des Nikkei Advertising Research Institutes gab der Energiekonzern Tepco allein im Jahr 2010 knapp 27 Milliarden Yen für Werbung aus und war damit der zehntgrößte Geldgeber der Medien im Land.<sup>91</sup>

Die Struktur der japanischen Medienlandschaft dürfte sich daher für die Entwicklung der Grünen eher negativ auswirken. Es bleibt abzuwarten ob es ihnen gelingt, etwa über die neuen sozialen Medien eine ausreichende Gegenöffentlichkeit aufzubauen, um alternative Inhalte in die Öffentlichkeit zu vermitteln und als politische Alternative wahrgenommen zu werden. Solche Ansätze gibt es bereits. Wie Slater, Kinsdstrand und Nishi-

---

<sup>88</sup> Zu den Klubs vgl. Freeman 2000, S. 72 f.; Schmidt 2005 a, S. 135 ff.

<sup>89</sup> Zur Bedeutung der Massenmedien in Japan vgl. Schmidt 2005 a, Kapitel 4.2.5.

<sup>90</sup> Weltweit ist Dentsû die fünftgrößte Nachrichtenagentur, Hakuhôdô die achtgrößte. Vgl. Dentsu 2010, S. 5.

<sup>91</sup> Vgl. Handelsblatt ohne Datum: Schlechte Aussichten für Atomausstieg. <http://www.handelsblatt.com/jahreswechsel/jahreswechsel-das-war-2011/mein-japan-nach-fukushima-schlechte-aussichten-fuer-atom-ausstieg/5991104-7.html> (Aufruf am 18.4.2012).

mura (2012) gezeigt haben, erfolgte nicht nur die Koordination von Informationen und Suchanfragen direkt nach der Dreifachkatastrophe via den sozialen Netzwerken, sondern auch die Mobilisierung von Bürgerprotest. Daneben etablierten sich Seiten, die über von Bürgern gemessene Radiaktivität Auskunft geben<sup>92</sup> sowie unabhängige Internetjournals, wie das IWJ (Independent Web Journal),<sup>93</sup> die sich explizit als Alternative zum Mainstream-Journalismus der Pressclubs verstehen.<sup>94</sup>

## **7. Die japanischen Grünen: Ad-hoc-Gründung oder neue Konfliktlinie?**

Die Gründung der Grünen Partei Japans im Juli 2012 spiegelt die wachsende Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung nach der Atomkatastrophe von Fukushima, die somit als der unmittelbare Anlass zur Gründung betrachtet werden kann. Auch in Europa haben sich Umweltkatastrophen in der Vergangenheit als Katalysator grüner Politik erwiesen.

Dessen ungeachtet reichen die historischen Wurzeln der japanischen Grünen ebenso wie in Deutschland auf die Friedens- und Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre zurück. Allerdings wuchs die grüne Bewegung in Japan erst gegen Ende der 1990er Jahre an, als sich die Rahmenbedingungen für eine partizipatorische Politik auf lokaler Ebene grundlegend zu wandeln begannen. Die verbesserten Möglichkeiten der politischen Mitwirkung auf der lokalen Ebene waren in Japan somit eine Grundvoraussetzung für die Gründung lokaler Netzwerke und Bürgergruppen. Dies ist ebenfalls eine Parallele zu anderen grünen Parteien, deren Gründung zumeist lokale Wahlbündnisse vorausgingen. Wirtschaftliche Krisenerscheinungen zeigten sich erst seit Anfang der 1990er Jahre, weshalb sich Bewusstwerdungsprozesse im Sinne einer reflexiven Betrachtung der Moderne erst allmählich, und hier vorwiegend unter den jüngeren Wahlberechtigten, in der Bevölkerung durchsetzen.

Programmatisch stützt sich die japanische Grüne Partei auf die bekannten Säulen grüner Politik. Die Analyse des Parteiprogramms zeigte, dass die Partei wie auch die Mehrzahl der grünen Parteien Europas im linken Parteienspektrum verankert ist. Angesichts der Kombination ökologischer, sozialer, gewaltfreier und pluralistischer Politikziele sowie einer basisdemokratischen Organisation unterscheidet sich die Partei grundlegend von

---

<sup>92</sup> Vgl. <http://japan.failedrobot.com/> (Aufruf am 1.7.2013)

<sup>93</sup> Vgl. <http://iwj.co.jp/> (Aufruf am 1.7.2013)

<sup>94</sup> Vgl. hierzu auch Liscutin 2011.

den etablierten Parteien in Japan. Auch in Japan manifestiert sich die Distanz zu den etablierten Parteien vor allem in der Unterordnung der Ökonomie unter die Ökologie.

Die Analyse der thematischen Schwerpunkte der Mitglieder ergab, dass dem Atomausstieg die größte Rolle zugemessen wird. Dennoch ist die Partei nicht als „Ein-Themen-Partei“ zu bezeichnen, da auch politischen Zielen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die politische Partizipation in den Vordergrund gestellt wurden.

Die Rekrutierung der grünen Mandatsträger erfolgt nicht nach den traditionellen Merkmalen wie einem elitären Bildungsabschluss oder dem Senioritätsprinzip. Ebenso wie bei anderen grünen Parteien liegt der Altersdurchschnitt der Mandatsträger erheblich unter dem der etablierten Parteien. Darüber hinaus ist auch in Japan ein hoher Anteil an Frauen charakteristisch. Dieser „Aufbruch der Frauen in die Politik“ ist Ausdruck neuer Wertorientierungen und eines gewandelten Geschlechterverständnisses unter japanischen Frauen.

Der Schwerpunkt der grünen Bewegung liegt erwartungsgemäß in den großstädtischen Zentren, in denen post-materielle Wertevorstellungen deutlich ausgeprägter sind als in ländlichen Regionen, wo traditionellen Wertevorstellungen noch immer ein deutlich höherer Stellenwert zukommt. Auch kam einem Engagement in der Lokalpolitik für die Mitglieder des nationalen Ausschusses und des gemeinsamen Vorstandes der Grünen eine erhebliche Bedeutung zu, die als zweckmäßige Voraussetzung für die Arbeit eines Berufspolitikers in den nationalen Parlamenten angesehen werden kann. Gleiches gilt für Tätigkeiten in Organisationen des dritten Sektors, die einen weiteren wichtigen Professionalisierungsbereich bildeten.

Die seit Jahren festzustellende Abnahme der Parteibindungen schafft ebenso ein Wählerpotential für die Grünen wie das Versagen der DPJ-Regierung in der Umsetzung einer neuen Energiepolitik, die einen Ausstieg aus der Atomkraft zum Ziel hätte haben müssen. Derzeit manifestiert sich die Abnahme der Parteibindungen aber eher in der Nichtteilnahme an Wahlen, was tendenziell die LDP begünstigt. Die Erfolge der LDP bei den letzten Wahlen Dank einer stark gesunkenen Wahlbeteiligung sowie das schlechte Abschneiden der Grünen und der anderen „grünen“ Gruppierungen lassen den Schluss zu, dass Atomkraftgegner in Japan derzeit eher auf außerparlamentarische Mobilisierung setzen, denn auf institutionelle Lösungen.

Aufgrund der finanziellen Hürden, die einem Erfolg bei nationalen Wahlen im Wege stehen, hängt eine Etablierung der Grünen Partei auf nationaler Ebene zudem davon ab, inwieweit es der Partei gelingt, ausreichende Finanzmittel zur Wahlkampffinanzierung einzuwerben. Angesichts der ideologischen Distanz zu den großen Parteien fehlt der grünen Partei zudem ein potentieller Partner, der es ihr ermöglichen könnte, auch als kleinere Partei in einer Koalition an den Regierungsgeschäften mitwirken zu können.

Auch bleibt abzuwarten, ob sich in Japan – etwa über die sozialen Netzwerke – tatsächlich eine alternative Öffentlichkeit etablieren kann. Die Verflechtung der großen Medien mit Politik und (Atom-)Wirtschaft wirkt sich im Hinblick auf die Schaffung einer kritischen Gegenöffentlichkeit jedenfalls wenig förderlich aus.

Im Sinne der Typologie Müller-Rommels sind die japanischen Grünen derzeit noch als „unprofessionell“ einzustufen, da sie zwar nunmehr über eine nationale Organisation verfügen und tatsächlich mit eigenen Kandidaten an Wahlen teilgenommen haben, die Repräsentationshürde aber nicht überspringen konnten. Angesichts ihrer derzeitigen Mobilisierungsschwäche und der Tatsache, dass derzeit keine nationalen Wahlen anstehen, werden sie im Parlament aber wohl auch auf absehbare Zeit nicht vertreten sein.

Die Antwort auf die Frage nach den Perspektiven für Japans Grüne Partei fällt somit zweigeteilt aus. Zwar repräsentieren die Grünen thematisch und personell eine neue Konfliktlinie und unterscheiden sich damit deutlich von allen anderen Parteien, die sich im Verlaufe der Umstrukturierungen des japanischen Parteiensystems seit den frühen 1990er Jahren gegründet haben. Auch lässt ihre lokale Verankerung und die Tatsache, dass die großen Parteien vor allem junge und gebildete Wähler in den großstädtischen Ballungsräumen nicht mehr zu binden vermögen, auf ein hohes Wählerpotential schließen, womit die politischen und sozialen Rahmenbedingungen für einen Erfolg der Grünen durchaus als gegeben erscheinen. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass die systemischen Bedingungen einer raschen Etablierung der Partei und ihrer Wahrnehmung als politischen Akteur auf nationaler Ebene entgegenstehen. Kann die Partei aber nicht in absehbarer Zeit auf zählbare Erfolge verweisen, so kann trotz der an sich gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Etablierung einer grünen Partei seitens der Wähler die Antizipation eines wahrscheinlichen Misserfolgs der Partei entstehen. Eine solche negative Perspektive kann zur Auflösung führen bzw. zu einem Anschluss an andere Parteien. Hieraus folgt, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Formierung neuer Konfliktlinien zwar determinieren, die systemischen Spezifika aber über die Transformation dieser Konfliktlinien in Parteiensysteme entscheiden.



**Literaturverzeichnis**

- Asahi shinbun sha, Hg (2000): *Asahi kîwâdo seiji, kenpô* [Asahi keywords Politik, Verfassung]. Tôkyô: Asahi shinbun.
- Awano, Masao (2012): „Josei no pâwa ga genshiryokomura o uchukuzusu“ [Mit Frauenpower die Atomlobby zerschlagen]. *Shizen ningen* 9: S. 5-7.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner/ Detlef Büsser/ Dieter Rucht (1984): *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/ New York: Campus.
- Bürklin, Wilhelm P. (1984): *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bürklin, Wilhelm/ Russel J. Dalton (1994): „Das Ergrauen der Grünen“. In: *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Hg.: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag: 264-302.
- Derichs, Claudia (2003): „Japan: Politisches System und politischer Wandel“. In: *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*. Hg.: Claudia Derichs und Thomas Heberer. Opladen: Leske und Budrich: S. 139-224.
- Derichs, Claudia/ Anja Osiander (1998): *Soziale Bewegungen in Japan*. Hamburg: Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG).
- DPJ (2010): „Restoring Vitality to Japan: The Democratic Party’s Platform for Government – Putting Peoples Lives First“. S. 1-28. <http://www.dpj.or.jp/english/manifesto/manifesto2010.pdf>.
- Falter, Jürgen W./ Markus Klein (2003): *Der lange Weg der Grünen*. München: C. H. Beck.
- Gallup, Hg. (2011): „Kokusai seron chôsa: Nihon tsunami to genshiryoku hatsuden ni tai suru seron chôsa“ [Internationale Umfrage zur Atomkraft nach Tsunami und Atomunfall in Japan]. <http://www.nrc.co.jp/report/pdf/110420.pdf> (Aufruf am 20.8.2012).
- Hildebrandt, Kai/ Russell S. Dalton (1977): „Die neue Politik: Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik“. In: *Politische Vierteljahresschrift* (November 1977): S. 230-256.
- Honba, Kazunari (2012): „Shiminha seiji seiryoku keisei no rekishi to genzai: Watakushi tatchi wa nan to kakudoushite kita no ka? Nani o hikiukeru beki na no ka?“ [Geschichte und Gegenwart der Formierung politischer Macht der Bürgerbewegung: Für was haben wir gekämpft? Was müssen wir akzeptieren? ]. *Glocal* 774 (10.9.2012). Vgl.:

- <http://www2s.biglobe.ne.jp/~mmr/global/2012/774/siminha.html> (Aufruf am 29.8.2013).
- Inglehart, Ronald (1990): *Cultural Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- JFBA (2012): „Submission to the Pre-Sessional Working Group of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights“.: 5-117. [http://www.nichibenren.or.jp/library/ja/kokusai/humanrights\\_library/treaty/data/Submission\\_to\\_the\\_PSWG\\_of\\_CESCR\\_en.pdf](http://www.nichibenren.or.jp/library/ja/kokusai/humanrights_library/treaty/data/Submission_to_the_PSWG_of_CESCR_en.pdf) (Aufruf am 2.9.2012).
- Joachim, Daniel (2012): „Bewegter Alltag: Ein Beitrag zur Antiatomkraftbewegung in Japan nach 3.11. In: *Fukushima: Die Katastrophe und ihre Folgen*. Hg.: György Széll und Roland Czada. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang: 163-180.
- Kamimura, Naoki (2001), “Japanese Civil Society, Local Government, and U.S.-Japan Security Relations in the 1990s: A Preliminary Survey”. In: *Nationalism and Citizenship*. Hg.: Chieko Kitagawa Otsuru and Edward Rhodes. (JCAC Occasional Paper No. 11): pp. 1-16.
- Klein, Markus/ Kai Arzheimer (1997): „Grau in Grau: Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 650-673.
- Kleinert, Hubert (1992): *Vom Protest zur Regierungspartei: Die Geschichte der Grünen*. Frankfurt a. M.: Eichborn.
- Kujath, Peter (2011): „66 Jahre nach Atombombenabwurf auf Hiroshima: Gedenken im Zeichen von Fukushima“. In: *Tagesschau* (6.8.2011). <http://www.tagesschau.de/ausland/hiroshima158.html> (Aufruf am 26.4.2012).
- Kunitachi shi senkyo kanri iinkai 2003: „Heisei 15/ 4 /27 Kunitachi shichô senkyo hôkoku“ [Informationen zur Bürgermeisterwahl am 27.4.2003].
- Lam, Peng-Er (1999): *Green Politics in Japan*. London, New York: Routledge.
- Lipset, Seymour M./ Stein Rokkan (1967): „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“. In: *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. Hg.: Dies. New York: The Free Press: S. 1-64.
- Liscutin, Nicola (2011):“Indignez-Vous! ‘Fukushima,’ New Media and Anti-Nuclear Activism in Japan“. In: *The Asia-Pacific Journal* Vol. 9/ 47 No 1. <http://www.japanfocus.org/-Nicola-Liscutin/3649#sthash.xPFI0pdP.dpuf>
- Masumi, Jun’nosuke (1995): *Contemporary Politics in Japan*. Aus dem Japanischen übersetzt von Lonny E. Carlile. Berkeley and Los Angeles, und London: University of California Press. Jap. Originalausgabe: *Gendai seiji*. Tôkyô: University of Tôkyô Press, 1985.

- Matsushita Keiichi (2002): „Shimin bunka no kanôsei to jichi“ [Selbstverwaltung und die Möglichkeit einer Bürgerkultur]. In: *Jichitai no kôzô 5* [Der Aufbau der Selbstverwaltung 5]. Hg.: Matsushita Keiichi, Nishio Masaru und Shindô Muneyuki. Tôkyô: Iwanami shoten: S. 1-22.
- Müller Rommel, Ferdinand (1992): „Erfolgsbedingungen Grüner Parteien in Westeuropa“. In: *PVS 33/ 2*: S. 189-218.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): *Grüne Parteien in Westeuropa: Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1994): „Green Parties under Comparative Perspectives“. In: *Barcelona Working Paper 99*: 1-18. <http://www.recercat.net/bitstream/handle/2072/1368/ICPS99.pdf;jsessionid=C524F0CA26CC88E9D6A7BD165D8FBC46.recercat?sequence=1> (Aufruf am 20.9.2012).
- Midori no tô, 2012. „Dokumento 7. 29: Kikku ofu ibento! (Dokument vom 29.7: Kick-off campaign!): 1-3. <http://greens.gr.jp/uploads/2012/09/gogreen01.pdf> (Aufruf am 25.8.2012).
- Midori no tô (2013): „2013 nen sangiinsen, kôhosha“ [Die Kandidaten zur Unterhauswahl 2013]. [http://greens.gr.jp/member-senkyo/candidate\\_top/](http://greens.gr.jp/member-senkyo/candidate_top/)
- Nihon tôkei nenkan [Statistical Yearbook of Japan] (2012). Tôkyô: Sômushô tôkei kyoku.
- Nishida, Makoto (2012): „Nihon pan Midori no tô: Sayû koeta renkei naru ka“ [Die japanischen Grünen: Eine Vereinigung die rechts und links überwinden kann?]. In: *Asahi shinbun* (14.9.2012).
- Nohlen, Dieter (1978): *Wahlssysteme der Welt. Daten und Analysen*. Ein Handbuch unter Mitarbeit von R.-O. Schultze. München: Piper.
- Poguntke, Thomas (1993): *Alternative Politics: The German Green Party*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Raschke, Joachim / Rüdiger Schmitt-Beck (1994): „Die Grünen: Stabilisierung nur durch den Niedergang der Etablierten?“ In: *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Hg.: Bürklin, Wilhelm / Roth, Dieter. Köln: Bund.
- Seikatsuha nettowâku (23.3.2012): „Genpatsu no saikadô, Rokkasho saishori kôjô no shiken saikai o soshi shiyô“ [Die Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken und der Tests in der Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho verhindern!]: [http://seikatsuclub.coop/coop/news/pdf/soshinet\\_houshin.pdf](http://seikatsuclub.coop/coop/news/pdf/soshinet_houshin.pdf) (Aufruf am 25.4.2012).
- Schmidt, Carmen (2012a): „Politik in Japan nach Fukushima“. In: *OAG-Notizen 10* (Oktober): S. 40-56.

- Schmidt, Carmen (2012b): „Japans neue Regierungspartei DPJ und die Fukushima-Krise“. In: *Fukushima: Die Katastrophe und ihre Folgen*. Hg.: György Széll und Roland Czada. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang: 187-220.
- Schmidt, Carmen (2011a): “The DPJ and its Factions: Benefit or Threat?”. In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 43/ 1: 1-21.
- Schmidt, Carmen (2011b): „Der historische Machtwechsel in Japan vor dem Hintergrund von Wahlrecht und Wählerverhalten“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl) 1, 82-95.
- Schmidt, Carmen (2009a): “After the Reform: How is Japan’s Local Democracy Changing?”. In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 41/ 1: 13-31.
- Schmidt, Carmen (2009b): “The Changing Institutional Framework for Local Democracy in Japan”. In: *Quality of Life and Working Life in Comparison*. Eds. György Széll und Ute Széll. Frankfurt a.M.: Peter Lang u.a. 57-70.
- Schmidt, Carmen/ Gesine Foljanty-Jost (2006): „Local Level Political and Institutional Changes in Japan: An End to Political Alienation?”. In: *Asia Europe Journal* 4: 381-397.
- Schmidt, Carmen (2005a): *Japans Zirkel der Macht: Legitimation und Integration einer nationalen Elite*. Marburg: Tectum.
- Schmidt, Carmen (2005b): „Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen“ Politik“. In: *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan* 17: 5-41.
- Schmidt, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- Slater, David H./ Nishimura Keiko/ Love Kindstrand (2012): “Social Media, Information, and Political Activism in Japan's 3.11 Crisis.” In: *The Asia-Pacific Journal*, Vol 10/ 24, No 1. <http://www.japanfocus.org/-nishimura-keiko/3762#sthash.wyXeMFA5.dpuf> (Aufruf am 2.4.2013).
- Tsubogô Minoru (2003): „Chiiki seiji no kanôsei” [Die Möglichkeiten einer Politik auf subnationaler Ebene]. In: *Atarashii kôkyô kûkan o tsukuru* [Neuen öffentlichen Freiraum schaffen]. Hg.: Tsubogô Minoru. Tôkyô: Nihon hyôron sha: S. 208-236.
- Watanabe Satoko (2007): “Japan: First National Level Election Win – Optimism For Forming National Party”. In: *Green Pages* (14.12.2007). Vgl.: <http://gp.org/greenpages-blog/?p=49> (Aufruf am 26.9.2012).
- Yamamoto, Tadashi (1999): “Emergence of Japan’s Civil Society and Its Future Challenges”. In: *Deciding the Public Good: Governance and Civil Society in Japan*. Ed.: Tadashi Yamamoto. Tokyo: JCIE: pp. 99-128.

---

Yoshino, Takashi und Imamura, Hiroshi (2001). „Endlich: Japans Frauen auf dem Weg in die Politik“. Aus dem Japanischen übersetzt von Carmen Schmidt. In: *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan* 15: 3-42. Originaltitel: „Nihon – yôyaku hajimatta josei no seiji shinshutsu“. In: *Dare ga seijika ni naru no ka* [Wer wird Politiker?]. Hg.: Yoshino Takashi/ Imamura Hiroshi/ Tanifuji Etsushi. Tôkyô: Waseda daigaku shuppanbu: 147-177, 2001

### **Publikationen**

Die Publikationen der Forschungsstelle, die unterschiedliche Aspekte der japanischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und Kultur behandeln, sind über die Forschungsstelle zu beziehen und im Internet abrufbar unter:

<http://www.fsjapan.uni-osnabrueck.de>

### **Liste der Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan**

<b>Nr.</b>	<b>AUTOR</b>	<b>TITEL</b>
1	Kiyoko Sakamoto	<i>Einheimische und Fremde in Japan</i>
2	Rüdiger Kühn	<i>Japan's ecopolitical ODA</i>
3	Rüdiger Kühn	<i>Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot</i>
4	Rüdiger Kühn	<i>Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe durch den Transfer von Umweltechnologie</i>
5	Rüdiger Kühn	<i>Household waste in Tokyo</i>
6	György Széll	<i>Unternehmenserfolg durch Umweltschutz</i>
7	Kotaro Oshige	<i>Convergence of the interest representation systems in advanced countries?</i>
8	Narihiko Ito	<i>Die japanische Gesellschaft - Kontinuität und Wandel</i>
9	Frank Westerhoff	<i>Japan in der Krise</i>
10	György Széll	<i>Globalisation in East Asia - A View from Europe</i>
11	György Széll	<i>Japanese Joint Ventures in China - some preliminary findings of a research project</i>

- 12 György Széll *Deutsch-japanische wissenschaftliche Zusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung – Hat die Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland und Europa Auswirkungen auf die Deutsch-Japanischen Beziehungen?*
- 13 Rüdiger Kühn *Japan's Approach to becoming a Global Environmental Flagship - more Lip Service than Reality*
- 14 Narihiko Ito *Japan und die friedliche Wiedervereinigung Koreas*
- 15 Yoshino Takashi/  
Imamura Hiroshi *Endlich – Japans Frauen auf dem Weg in die Politik*
- 16 Kenji Hirashima *Die Reformpolitik in Japan und Deutschland im Vergleich*
- 17 Carmen Schmidt *Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen Politik“*
- 18 Heinz und Else  
Kress *Inrō – Japanische Lackkunst der Edo-Zeit (1603-1868)*
- 19 Yasuo Yamamoto *Die Nachkriegszeit Japans im Spiegel der „Sieben Samurai“ von Kurosawa Akira*
- 20 Armin Stein *Die Fluten des Sumida: Der japanische Schriftsteller Akutagawa Ryūnosuke und die Metropole Tōkyō*
- 21 Johannes Jaenicke,  
Udo E. Simonis und  
Narihiko Itō *Die Atomkatastrophe von Fukushima: Lehren für die Zukunft*